

**VEREINIGUNG SCHWEIZERISCHER  
ASSETMANAGEMENT- UND  
VERMÖGENSVERWALTUNGSBANKEN**

ASSOCIATION DE BANQUES SUISSES DE GESTION

ASSOCIAZIONE DI BANCHE SVIZZERE  
DI GESTIONE PATRIMONIALE ED ISTITUZIONALE

ASSOCIATION OF SWISS ASSET AND  
WEALTH MANAGEMENT BANKS



## INHALT

### TABLE DES MATIÈRES

---

Vorwort des Präsidenten	2
Avant-propos du Président	

---

«Weaponization of Finance» als neue Realität in der Sanktionspolitik?	4
«Weaponization of Finance»: la nouvelle réalité de la politique de sanctions?	

---

Aktivitäten der Vereinigung	14
Activités de l'association	

---

Portrait & Zahlen	35
Portrait & chiffres	

---

Mitglieder	36
Membres	

---

Organe, Expertengruppen und Vertreter	37
Organes, groupes d'experts et représentants	



**DER SCHWEIZER FINANZPLATZ BLEIBT  
VERLÄSSLICH UND KOMPETITIV**  
LA PLACE FINANCIÈRE SUISSE DEMEURE FIABLE  
ET COMPÉTITIVE

Die Weltwirtschaftsperspektiven sind gedämpft. Aufgrund einer Vielzahl von sich kumulierenden globalen Risiken – Kriegausbrüchen, Zunahme der geopolitischen Rivalitäten gekoppelt mit protektionistischem Eifer, Energie-/Lebensmittel-/Klimakrise sowie inflationärer Dynamik – bleibt das Abwärtsrisiko hoch. Diese Herausforderungen, die eine Polykrise bilden, sind richtig anzupacken und nachhaltig zu meistern.

Eine Voraussetzung für wirksames Handeln ist ein stabiles globales Finanzsystem, das auf gegenseitigem Vertrauen basiert und damit die erforderliche Liquidität im System ermöglicht. Mit den massiven Verwerfungen rund um die US-Regionalbanken und dem mitausgelösten Kollaps der Credit Suisse ist man einer weltweiten Kontaminierung und einer erneuten globalen Finanzkrise bedrohlich nahe gekommen. Konfrontiert mit den schwerwiegenden Risiken eines drohenden Ausfalls einer global systemrelevanten Bank, haben die Schweizer Behörden richtigerweise schnell und entschlossen gehandelt und damit die Übernahme der Credit Suisse durch die UBS ermöglicht.

Mit Bezug auf das Ausland stellt sich die Frage, ob die notrechtlich orchestrierte Rettung der Credit Suisse die Solidität unseres Finanzplatzes im internationalen Vergleich gefährdet bzw. inwiefern sie dessen internationalen Ruf schädigt. Durch ihr äusserst schnelles Agieren hat es die Schweiz aus eigener Kraft geschafft, die Ausbreitung einer internationalen Finanzkrise zu verhindern, die im schlimmsten Fall für die übrigen Finanzplätze und Volkswirtschaften rund um den Globus sehr kostspielig hätte werden können – ganz zu schweigen vom immensen Reputationsschaden einer solchen (in der Schweiz ausgelösten) Finanzkrise für das ganze Land und unsere gesamte Wirtschaft. Die rasche und eigenständige Lösung bezeugt, dass die Schweiz und der Schweizer Finanzplatz nach wie vor grundsolide sind. Diese Tatsache wurde auch an der letzten IWF-Frühlingstagung von internationalen Finanzgremien und wichtigen ausländischen Regierungen breit anerkannt und gewürdigt.

Die Vorgänge rund um diese Rettung haben hierzulande jedoch

bzw. in welchen Bereichen es allenfalls eine strengere Regulierung von global systemrelevanten Banken bzw. zusätzliche Vorkehrungen braucht. Ein allfälliger Handlungsbedarf muss sich dabei ausschliesslich auf solche Institute konzentrieren, die im Fall eines Konkurses für eine risikolose Abwicklung durch die Schweizer Volkswirtschaft zu gross sind.

Es ist in diesem Zusammenhang daran zu erinnern, dass von den 240 Banken in der Schweiz mit der Credit Suisse nur eine einzige – wenn auch sehr grosse – Bank in Schwierigkeiten geraten ist. Von einem Branchenversagen kann keine Rede sein. Es hat sich bewährt, dass die Banken aus der Finanzkrise die richtigen Lehren gezogen und eine fundamentale regulatorische Transformation durchlaufen haben. Heute verfügen sie über sehr solide Kapital- und Liquiditätspolster. Dies trifft ganz besonders auf die Vermögensverwaltungsbanken zu. Aufgrund ihrer Geschäftsmodelle sind diese mit deutlich weniger Risiken als Universal- und Geschäftsbanken konfrontiert. Eine neue Regulierung darf deshalb nicht auf die unbeteiligten übrigen Bankinstitute überschwappen.

Aus der neuen Konstellation in der Schweizer Bankenlandschaft ergibt sich darüber hinaus eine neue Wettbewerbssituation. Es ist sinnvoll zu prüfen, ob und in welchen Bereichen die Wettbewerbsintensität künftig gefährdet und wo Handlungsbedarf angezeigt sein könnte. Im Fokus stehen gewisse Segmente des Interbanken- und des Firmenkundengeschäfts.

Unser sehr breit diversifizierter Bankenplatz mit Finanzinstituten unterschiedlicher Grösse und Geschäftsmodellstruktur ist nach wie vor bestens für den internationalen Wettbewerb – und damit für die Zukunft – gerüstet. Denn unser Land verfügt über einen starken Schweizer Franken, politische Stabilität und ein sehr hohes Bildungsniveau – und damit über Vorteile, die in einer zunehmend komplexen und multipolaren Welt eine noch wichtigere Rolle spielen. Das massgebliche Geschäftsfeld für den Erfolg des Schweizer Finanzplatzes ist und bleibt mit Abstand unser Vermögensverwaltungsgeschäft. Rund die Hälfte der Erträge des schweizerischen Bankensektors stammen aus diesem Geschäftsfeld. Das stimmt mich für die Zukunft optimistisch.

Zum Schluss möchte ich die Gelegenheit nutzen, den zahlreichen Mitgliedern zu danken, die sich in externen und internen Gremien tagtäglich für die Interessen der Vermögensverwaltungsbranche einsetzen. Auch meinen Kollegen im Vorstand und in der Geschäftsstelle danke ich für die ausgezeichnete Zusammenarbeit.

Zürich, Mai 2023 · Zurich, mai 2023



Philipp Rickenbacher  
Präsident VAV · Président ABG

dans quels domaines il faudra éventuellement une plus forte réglementation des banques d'importance systémique mondiale, ou des dispositifs supplémentaires. La nécessité d'une éventuelle intervention ou réglementation doit alors exclusivement se concentrer sur les établissements qui, en cas de faillite, seraient trop grands pour être absorbés par notre économie nationale sans risque.

Dans ce contexte, il convient de souligner que sur les 240 banques que compte la Suisse, une seule banque, bien que très grande, a été mise en difficulté. On ne peut donc parler ici de défaillance sectorielle. Les banques ont tiré les bons enseignements de la crise financière en traversant une période de transformation réglementaire fondamentale. Aujourd'hui, les banques disposent de réserves de capitaux et de liquidités très solides. Cela vaut tout particulièrement pour les banques de gestion. Du fait de leurs modèles d'affaires, elles sont exposées à beaucoup moins de risques que les banques universelles et les banques commerciales. Une nouvelle réglementation ne doit par conséquent pas rejaillir sur les autres instituts bancaires non impliqués.

La nouvelle constellation au sein du paysage bancaire suisse engendre aussi une nouvelle situation en matière de concurrence. Il convient d'examiner si et dans quels domaines l'intensité de la concurrence pourrait être menacée et où il pourrait être nécessaire d'intervenir. Certains pans des opérations interbancaires et d'autres relevant de la clientèle commerciale sont ici en point de mire.

Très largement diversifiée et dotée d'instituts financiers de différentes tailles et de modèles d'affaires variés, notre place bancaire reste parfaitement armée pour faire face à la concurrence internationale et pour relever les défis de l'avenir. En effet, notre pays peut se targuer de son franc suisse fort, de sa stabilité politique et de son niveau de formation très élevé. La Suisse propose donc des atouts encore plus décisifs dans un monde multipolaire de plus en plus complexe. Le domaine d'activité déterminant pour le succès de la place financière suisse reste, et de loin, nos opérations de gestion de fortune. Près de la moitié des revenus du secteur bancaire suisse en est issue. Cela me rend optimiste quant à l'avenir.

Pour terminer, j'aimerais profiter de l'occasion pour remercier les nombreux membres qui s'emploient à défendre quotidiennement les intérêts de la branche de la gestion de fortune au sein d'organes autant internes qu'externes. Je remercie également mes collègues du Comité et du Bureau pour leur remarquable collaboration.

## «WEAPONIZATION OF FINANCE» ALS NEUE REALITÄT IN DER SANKTIONSPOLITIK? «WEAPONIZATION OF FINANCE», NOUVELLE RÉALITÉ DANS LA POLITIQUE DE SANCTIONS?

### SINN UND ZWECK DER SANKTIONSPOLITIK

Sanktionen sind offizielle Zwangsmassnahmen, die unilateral von einzelnen Staaten oder – eher üblich – multilateral von einer internationalen Behörde gegen eine bestimmte Jurisdiktion (oder mehrere) sowie gegen Unternehmen, Organisationen oder Personen verhängt werden. Sanktionsmassnahmen verfolgen üblicherweise die Absicht, die Politik oder das Verhalten einer Zielperson bzw. -gruppe zu ändern, ihre Fähigkeit, das betreffende Verhalten fortzusetzen, zu schwächen bzw. zu verringern oder ihr Verhalten ganz generell öffentlich anzuprangern. Ein «Sanktionsregime» bezieht sich auf ein bestimmtes Bündel von Sanktionen, die ein gemeinsames Thema oder Ziel haben. Dieses Thema kann präzise sein und sich auf eine bestimmte Situation in einem bestimmten geografischen Gebiet beziehen (wie bspw. den Konflikt in Syrien), es kann aber auch thematisch allgemeiner sein (man denke an Terrorismus, Cyberangriffe oder die Proliferation von chemischen Waffen). Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass Sanktionen grundsätzlich nicht als «Strafe» gedacht sind, auch wenn sie oft als solche empfunden werden.

### EINBETTUNG IN DER ALLGEMEINEN SCHWEIZER AUSSENWIRTSCHAFTSPOLITIK

Die Schweiz ist ein sehr stark exportorientiertes Land mit beträchtlichen Direktinvestitionen und wirtschaftlichen Verflechtungen auf der ganzen Welt. Sie gehört zu den globalsten und erfolgreichsten Volkswirtschaften der Welt. Es erstaunt daher nicht, dass sich unser Land – im Vergleich zu anderen Staaten – traditionell besonders stark für offene Märkte und Freihandel in internationalen Gremien einsetzt.

Zur Wahrung wesentlicher aussen- und sicherheitspolitischer Interessen wird allerdings zu Recht punktuell von dieser grundsätzlich offenen aussenwirtschaftspolitischen Haltung abgewichen. So werden internationale nicht-militärische Sanktionen ergriffen, die die Schweiz mitträgt, damit das Völkerrecht eingehalten und namentlich die Menschenrechte respektiert werden. Um dies durchzusetzen, kann der Bundesrat – aufgrund des Embargogesetzes (EmbG) – Zwangsmassnahmen erlassen, die von der UNO, der OSZE oder den wichtigsten schweizerischen Handelspartnern beschlossen wurden. Davon wurde in den letzten drei Dekaden seitens der Schweizer Behörden rege Gebrauch gemacht. Die Zwangsmassnahmen können in Form von Güter- oder Dienstleistungsembargos,

### BUT ET OBJET DE LA POLITIQUE DE SANCTIONS

Les sanctions sont des mesures coercitives officielles prises à l'encontre d'une ou de plusieurs juridictions ou organisations ou encore de personnes, soit unilatéralement par un seul État ou – plus couramment – par une autorité internationale dans un cadre multilatéral. Les sanctions ont généralement pour but de modifier la politique ou le comportement d'une personne ou d'un groupe cible, d'affaiblir ou de réduire sa capacité à poursuivre le comportement incriminé ou encore, de manière tout à fait générale, de dénoncer son comportement. Un «régime de sanctions» désigne un faisceau déterminé de sanctions partageant un même thème ou objectif. Ce thème peut être précis et avoir trait à une situation déterminée dans une zone géographique donnée (comme le conflit en Syrie), mais il peut aussi être plus large (comme le terrorisme, les cyberattaques ou la prolifération des armes chimiques). Il est important de souligner que les sanctions ne constituent en principe pas une «punition» même si elles sont souvent perçues comme telles.

### CONTEXTE DE LA POLITIQUE ÉCONOMIQUE EXTÉRIEURE SUISSE

La Suisse est un pays très orienté vers l'exportation, avec d'importants investissements directs et des liens économiques étroits dans le monde entier. L'économie suisse figure parmi les plus mondialisées et les plus performantes au monde. Il n'est dès lors guère étonnant que par rapport à d'autres États, notre pays ait pour tradition de plaider ardemment pour des marchés ouverts et pour le libre-échange au sein des institutions internationales.

Pour autant, quand il s'agit de défendre des intérêts cruciaux de politique extérieure et de sécurité, notre pays s'écarte de façon ponctuelle – et à juste titre – de cette approche fondamentalement ouverte en matière de politique économique extérieure. Ainsi, la Suisse soutient des sanctions internationales non-militaires pour imposer le respect du droit international et, en particulier, celui des droits de l'homme. À cette fin, sur la base de la loi sur les embargos (LEmb), le Conseil fédéral peut mettre en application des mesures coercitives décidées par l'ONU ou l'OSCE, ou encore par les principaux partenaires commerciaux de la Suisse. Les autorités suisses ont fait abondamment usage de cette possibilité au cours des trois dernières décennies. Les mesures coercitives peuvent prendre la forme d'embargos sur les marchandises et les services, de

Finanzsanktionen, Ein- und Durchreiseverboten oder einer Kombination dieser und weiterer Massnahmen erfolgen. Gegenwärtig gibt es 25 international abgestützte Sanktionsverordnungen, wie dem Aussenpolitischen Bericht 2022 des Bundes zu entnehmen ist. Gestützt auf seine verfassungsrechtliche aussenpolitische Kompetenz in Art. 184 Abs. 3 BV könnte der Bundesrat darüber hinaus nötigenfalls – wenn die Wahrung der Interessen des Landes es erfordert – auch unilateral befristete Sanktionen erlassen, ohne dass diese zuvor auf internationaler Ebene beschlossen wurden. Dieses Instrument wurde bisher jedoch noch nicht angewendet.

### MASSGEBENDES SANKTIONSRÉGIME AUF INTERNATIONALER EBENE

Auf internationaler Ebene werden Sanktionen gewöhnlich multilateral entwickelt. Dabei spielen die UNO, die Organisation für internationale Zusammenarbeit in Europa (OSZE) sowie die EU eine wichtige Rolle. Aber auch mächtige grosse Länder mit Anspruch auf extraterritoriales Einfluss – allen voran die USA – sind mit ihren an sich unilateral ergriffenen nationalen Sanktionen für international tätige Finanzakteure unumgänglich.

Auf UNO-Stufe kann der Sicherheitsrat Massnahmen zur Wahrung oder Wiederherstellung des Weltfriedens und der Sicherheit ergreifen. Der Sicherheitsrat hat bislang Sanktionen verhängt, um friedliche Übergänge zu unterstützen, verfassungswidrige Veränderungen zu verhindern, den Terrorismus einzudämmen, die Menschenrechte zu schützen oder die Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen zu fördern. Die UNO-Mitglieder sind verpflichtet, die vom Sicherheitsrat beschlossenen Sanktionen zu übernehmen und umzusetzen. Die möglichen Massnahmen reichen von umfassenden Wirtschafts- und Handelssanktionen (Irak in den 1990er-Jahren) bis hin zu gezielteren Sanktionen (heute eine gängige Praxis, um als ungerecht empfundene Nebeneffekte auf die Zivilbevölkerung und Drittländer zu minimieren) wie Waffenembargos, Reiseverbote oder Finanz- und Warenbeschränkungen. Wesentliches Instrument dabei sind sogenannte Namenslisten, die in erster Linie vermutete Entscheidungsträger fokussieren. Die Auflistung hat für die betroffenen Personen oder Personengruppen einschneidende Konsequenzen. Deshalb ist die Berücksichtigung rechtsstaatlicher Prinzipien – für deren Einhaltung sich auch die Schweiz stark engagiert – bei den Aufnahme- und Streichungsverfahren zentral. Aktuell gibt es 14 laufende UN-Sanktionsregime.

Die EU kennt ihrerseits zurzeit mehr als 40 verschiedene Sanktionsregime. Einige davon werden direkt von der UNO übernommen, während bei anderen die EU das Dispositiv

sanctions financières, d'une interdiction d'entrée sur le territoire ou encore d'une combinaison de ces mesures et d'autres encore. À l'heure actuelle, comme l'indique le rapport 2022 sur la politique extérieure de la Confédération, il existe 25 ordonnances de sanctions reposant sur une base internationale. Compte tenu de la compétence en politique extérieure qui lui est confiée par l'art. 184, al. 3 de la Constitution fédérale, le Conseil fédéral pourrait en outre, lorsque la sauvegarde des intérêts du pays l'exige, ordonner unilatéralement des sanctions limitées dans le temps sans qu'une quelconque décision ait été prise au préalable à l'échelon international. Cet instrument n'a toutefois encore jamais été utilisé à ce jour.

### RÉGIMES DE SANCTIONS DÉTERMINANT AU PLAN INTERNATIONAL

Au plan international, les sanctions sont le plus souvent élaborées dans un cadre multilatéral. L'ONU, l'Organisation pour la sécurité et la coopération en Europe (OSCE) ainsi que l'UE jouent un rôle important à cet égard. Mais au travers de leurs sanctions nationales unilatérales, de puissants grands Etats aspirant à exercer une influence extraterritoriale – les États-Unis en tête – sont également une réalité incontournable pour les acteurs financiers opérant à l'international.

Au niveau de l'ONU, le Conseil de sécurité peut prendre des mesures pour maintenir ou rétablir la paix et la sécurité dans le monde. Jusqu'à présent, le Conseil de sécurité a édicté des sanctions pour soutenir des transitions pacifiques, éviter des changements anticonstitutionnels, endiguer le terrorisme, protéger les droits de l'homme ou promouvoir la non-prolifération des armes de destruction massive. Les membres de l'ONU ont l'obligation de reprendre et d'appliquer les sanctions décidées par le Conseil de sécurité. Les mesures possibles vont de larges sanctions économiques et commerciales étendues (comme pour l'Irak dans les années 1990) à des sanctions bien plus ciblées (pratique courante aujourd'hui pour réduire au minimum les effets collatéraux, jugés injustes, sur la population civile et des pays tiers), comme des embargos sur les armes, des interdictions de voyager ou des restrictions financières et sur les marchandises. Les listes de noms, qui ciblent en premier lieu des décideurs supposés, constituent le cœur de ce genre de dispositifs. L'inscription sur de telles listes a de lourdes conséquences pour les personnes ou pour les groupes de personnes concernés. Il est donc très important de respecter des principes élémentaires de droit dans les procédures d'inscription et de suppression, chose à laquelle la Suisse est aussi extrêmement attachée. Les régimes de sanctions de l'ONU sont actuellement au nombre de 14.

De son côté, l'UE connaît aujourd'hui plus de 40 régimes de sanctions différents. Quelques-uns de ces régimes ont été repris directement de l'ONU tandis que pour d'autres,

gegenüber der UNO verstärkt oder gar eigenständig neue Sanktionsregimes beschliesst. Dieses Instrumentarium ist ein wesentlicher Teil der sogenannten Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU, die namentlich zum Ziel hat, den internationalen Frieden und die Sicherheit zu fördern, Konflikten vorzubeugen, Demokratie zu unterstützen sowie Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte und Völkerrechtsgrundsätze zu verteidigen. Die EU-Sanktionsmassnahmen sollen grundsätzlich keinen Strafcharakter haben, sondern an sich nur eine Änderung der schädlichen Politik derjenigen, gegen die sie sich richten, bewirken. EU-Sanktionen können sich gegen Regierungen von Nicht-EU-Ländern sowie gegen Unternehmen, Gruppen, Organisationen oder Einzelpersonen richten. Sie können folgende Bereiche erfassen: Waffenembargos, Einreisebeschränkungen, Einfrieren von Vermögenswerten oder andere Wirtschaftsmassnahmen wie Import- und Exportbeschränkungen. Die EU-Sanktionen sollen dabei zielgerichtet und theoretisch so konzipiert sein, dass sie in einem angemessenen Verhältnis zu den angestrebten Zielen stehen und unbeabsichtigte Folgen so weit wie möglich vermieden werden. EU-Sanktionen werden von der EU-Kommission vorbereitet und müssen schliesslich durch alle EU-Mitglieder einstimmig mitgetragen werden. Die EU-Kommission überwacht anschliessend mit der DG FISMA die verbindliche Umsetzung durch die jeweiligen Behörden aller EU-Mitgliedstaaten (sowie die wirkungsvolle Ahndung von allfälligen Verstössen).

Auch wenn sich die meisten Staaten nach international erarbeiteten Sanktionen richten, verfügen dennoch einige wenige Länder auch über hinreichende Kapazitäten sowie rechtliche und militärische Durchsetzungsmechanismen, die es ihnen ermöglichen, eigenständig Sanktionen auszuarbeiten und zu verhängen. Neben dem Vereinigten Königreich spielen vor allem die USA im Bereich der Sanktionen eine entscheidende Rolle in der globalisierten Weltwirtschaft – nicht zuletzt aufgrund ihres Anspruchs, über die eigene Jurisdiktion hinaus extraterritorial zu wirken. Die Nichteinhaltung von US-Sanktionen kann dazu führen, dass selbst einem international aktiven Finanzakteur ohne jeglichen US-Nexus der Zugang zur globalen, jedoch an den US-Dollar bzw. das US-Finanzsystem angelehnten Weltwirtschaft stark erschwert resp. verteuert oder ultimativ gar verwehrt wird. So haben die USA per Dekret des Präsidenten eine Reihe von finanziellen Sanktionsregeln im Rahmen des International Emergency Economic Powers Act geschaffen. Für die Untersuchung und Verfolgung von Sanktionsverstössen wurde eine mächtige Zentralbehörde – das Office of Foreign Assets Control (OFAC) – mit entsprechend weitreichenden Durchsetzungsbefugnissen geschaffen. Im Extremfall können nach US-Recht sanktionierte Vermögenswerte ohne kriminellen Hintergrund durch ein Dekret des Präsidenten beschlagnahmt werden, sofern die USA in einen bewaffneten Konflikt mit dem sanktionierten Land verwickelt sind oder militärisch von diesem Land angegriffen werden.

l'UE a renforcé le dispositif des sanctions prévues par l'ONU, voire a mis en place unilatéralement ses propres régimes. Cet instrumentaire est un volet essentiel de la politique étrangère et de sécurité commune (PESC) de l'UE, qui a pour objectif de promouvoir la paix et la sécurité au plan international, de prévenir les conflits, de soutenir la démocratie et de défendre l'État de droit, les droits de l'homme et les principes du droit international. Les sanctions européennes n'ont pas vocation à avoir un caractère punitif, elles visent simplement à changer la politique néfaste menée par les autorités qu'elles ciblent. Les sanctions européennes peuvent viser des gouvernements de pays extérieurs à l'UE ou encore des entreprises, des groupes, des organisations ou des individus. Elles peuvent porter sur les domaines suivants: embargos sur les armes, restrictions à l'entrée sur le territoire, gel d'avoirs ou autres mesures économiques tels que des restrictions d'importation ou d'exportation. Les sanctions européennes doivent être ciblées et conçues de manière à être proportionnées aux objectifs visés et à éviter autant que possible toute conséquence non voulue. Les sanctions européennes sont préparées par la Commission européenne et doivent au bout du compte être approuvées à l'unanimité par l'ensemble des États membres de l'UE. La Commission européenne surveille ensuite, avec la DG FISMA, la bonne mise en œuvre – contraignante – des sanctions par les autorités compétentes de tous les États membres de l'UE (y c. la répression efficace des violations éventuelles).

Même si la plupart des États se conforment à des sanctions élaborées au niveau international, quelques rares pays disposent par ailleurs de moyens juridiques et militaires suffisants pour édicter et imposer leurs propres sanctions. Outre le Royaume-Uni, les États-Unis surtout jouent un rôle déterminant en matière de sanctions dans une économie mondialisée, notamment en invoquant leur prétention à vouloir imposer leurs propres décisions de manière extraterritoriale. Le non-respect des sanctions américaines peut valoir à un acteur financier opérant à l'international, même sans lien avec les États-Unis, de sérieux problèmes d'accès à une économie mondiale très dépendante du dollar américain et du système financier américain, accroître massivement le coût de son accès ou, dans le pire des cas, l'empêcher même d'y opérer. Ainsi, les États-Unis ont mis en place toute une série de sanctions financières par décret présidentiel dans le cadre de l'International Emergency Economic Powers Act. Une puissante administration centrale – l'Office of Foreign Assets Control (OFAC) – disposant de larges pouvoirs d'exécution a été créée pour enquêter sur les violations de sanctions et les poursuivre le cas échéant. Dans des cas extrêmes, selon le droit américain, des actifs sanctionnés peuvent être confisqués sur décret présidentiel à partir du moment où les États-Unis sont impliqués dans un conflit armé avec le pays sous sanctions ou attaqués militairement par ce pays.

## KLARES BEKENNTNIS DER SCHWEIZ ZU DEN INTERNATIONALEN RUSSLAND-SANKTIONEN

Während sich der Bundesrat 2014 im Zusammenhang mit der Annexion der Krim und dem bewaffneten Konflikt im Donbass dafür entschieden hatte, lediglich Massnahmen zur Verhinderung von EU-Umgehungsgeschäften zu ergreifen, machte die Schweizer Regierung am 28. Februar 2022 – aufgrund der offenen militärischen Aggression Russlands gegen seinen Nachbarn – einen international beachteten Schritt und beschloss, sich den EU-Sanktionen gegen Russland anzuschliessen. Seither sind neun weitere EU-Sanktionspakete hinzugekommen, die allesamt von der Schweiz übernommen und umgesetzt wurden. Die Massnahmen umfassen Einreiseperrren, die Blockierung von Vermögenswerten sowie zahlreiche Finanzmassnahmen und Handelsverbote für bestimmte Güter. Im internationalen Vergleich lässt sich die Umsetzung dieser Massnahmen sehen. Trotz anfänglicher Schwierigkeiten – wie in anderen Ländern – aufgrund der Plötzlichkeit der Ereignisse sind Zuständigkeiten und Abläufe in der Schweiz nun klar definiert, nötige Bearbeitungs-kapazitäten aufgestockt und die zuständigen Stellen gut erreichbar für Umsetzungsfragen.

Zwecks Sicherstellung der Integrität und Reputation des Schweizer Finanzplatzes halten sich die Schweizer Banken strikt an die geltenden nationalen, internationalen und supranationalen Regeln und Sanktionsmassnahmen. Im Zusammenhang mit dem Krieg in der Ukraine setzen sie diese Massnahmen konsequent um. Sie verfügen über entsprechende Kontrollmechanismen und Prozesse, um die Einhaltung der Vorschriften zu gewährleisten und Verstösse zu verhindern.

Mit Stichdatum 25. November 2022 belief sich die Summe der blockierten finanziellen Vermögenswerte von sanktionierten russischen Staatsangehörigen auf CHF 7,5 Mia. Diese Zahl ist sechs Mal höher als jene in Frankreich, drei Mal höher als die in Deutschland und macht etwas mehr als ein Drittel der Summe aller blockierten Vermögenswerte in allen 26 EU-Mitgliedstaaten aus. Die im internationalen Vergleich sehr hohe Summe blockierter Gelder in der Schweiz zeigt, dass sich unser Land klar zu den internationalen Russland-Sanktionen bekennt.

## RUSSLAND-SANKTIONEN: EINMARSCH DER GEOPOLITIK IN DAS GLOBALE FINANZSYSTEM

Frieden und völkerrechtlich geregelte internationale Beziehungen sind unerlässliche Voraussetzungen, damit der wirtschaftliche Freihandel seinen Nutzen für den internationalen Wohlstand überhaupt entfalten kann. In den letzten Jahren ist diese liberale Weltordnung, die der Schweiz viel Wohlstand und Sicherheit gebracht hat, jedoch mehr und mehr unter Druck geraten. Russlands zerstörerischer Krieg gegen die Ukraine, der einen Frontalangriff auf die UNO-Charta und das Völkerrecht

## SOUTIEN SUISSE CLAIR DES SANCTIONS INTERNATIONALES À L'ENCONTRE DE LA RUSSIE

Si, en 2014, lors de l'annexion de la Crimée et du conflit armé dans le Donbass, le Conseil fédéral avait uniquement pris des mesures pour éviter les manœuvres de contournement des sanctions européennes, le 28 février 2022, le gouvernement suisse a pris la décision très remarquée sur la scène internationale de se joindre aux sanctions européennes à l'encontre de la Russie après l'agression militaire caractérisée contre son voisin. Depuis, neuf autres paquets européens de sanctions se sont ajoutés, tous repris et mis en œuvre par la Suisse. Les mesures incluent des interdictions d'entrée sur le territoire, le blocage d'avoirs et de nombreuses mesures financières et interdictions de commercer pour différentes marchandises. En comparaison internationale, la mise en œuvre de ces mesures tient tout à fait la route. Malgré des difficultés initiales en raison de la soudaineté des événements, comme dans d'autres pays, les compétences et les processus sont à présent clairement définis en Suisse, les capacités de traitement requises ont été accrues et les services compétents sont aisément accessibles pour répondre à toute question liée à la mise en œuvre.

Pour préserver l'intégrité et la réputation de la place financière suisse, les banques suisses appliquent scrupuleusement les règles et sanctions nationales, internationales et supranationales en vigueur. Elles mettent rigoureusement en œuvre les mesures décidées en relation avec la guerre en Ukraine. Les banques disposent pour cela de contrôles et de processus qui garantissent le respect des prescriptions et préviennent leur violation.

À la date du 25 novembre 2022, la somme des avoirs financiers bloqués de citoyens russes sanctionnés s'élevait à CHF 7,5 milliards. C'est six fois plus que la France et trois fois plus que l'Allemagne. Ce montant représente aussi un peu plus du tiers de la somme de tous les avoirs bloqués dans l'ensemble des 26 États membres de l'UE. Le montant des fonds bloqués en Suisse, très élevé en comparaison internationale, montre la ferme volonté de notre pays d'appliquer les sanctions internationales à l'encontre de la Russie.

## SANCTIONS À L'ENCONTRE DE LA RUSSIE: LA GÉOPOLITIQUE S'INVITE DANS LE SYSTÈME FINANCIER MONDIAL

La paix et l'application du droit international dans les relations entre les États sont des conditions indispensables pour que le libre-échange économique puisse déployer ses effets positifs pour la prospérité internationale. Ces dernières années, cet ordre mondial libéral, qui a tant contribué à la prospérité et à la sécurité de la Suisse, est de plus en plus mis à mal. La guerre destructrice menée par la Russie en Ukraine, qui constitue une violation flagrante de la Charte des Nations Unies et du droit



darstellt, beschleunigt diese Entwicklung. Damit werden der Westen und die Schweiz vor fundamental neue Herausforderungen gestellt. Getrieben von der Rivalität der Grossmächte USA und China nehmen die geopolitischen Spannungen weltweit zu. Es gibt kaum eine Region auf dieser Welt, die nicht unter dem Einfluss des Wettstreits von Regionalmächten um Vorherrschaft und Einflussnahme steht. Die Welt ist multipolarer geworden. Der Krieg in der Ukraine macht deutlich, dass sich viele Länder in Afrika, im Nahen und Mittleren Osten sowie in Asien nicht auf einen der globalen Machtpole festlegen wollen. Russland ist damit auf globaler Ebene weniger isoliert als in Europa. Es sind hauptsächlich westliche Staaten, die als Reaktion auf den Angriff Russlands gegen die Ukraine Sanktionen ergriffen haben. Von den G20-Staaten haben neun Mitglieder keine Sanktionen erlassen.

Vor diesem Hintergrund – und weil eine direkte militärische Konfrontation mit Russland als Reaktion des Westens keine Option war und ist – sind die gegen Russland verhängten internationalen Sanktionen präzedenzlos konzipiert worden: Dies betrifft nicht nur die Anzahl der betroffenen Anwendungsbereiche und die neue qualitative Dimension, sondern vor allem auch die Tatsache, dass sich die ergriffenen Sanktionen erstmals gegen eine grosse Weltmacht richten. Aus Finanzplatzoptik ist es – über die übliche Blockierung der Vermögenswerte von gezielten Personen und Organisationen hinaus – besonders beachtenswert, dass einerseits zahlreiche russische Banken vom Interbankensystem SWIFT abgekoppelt wurden, und andererseits ein massgeblicher Teil der geldpolitisch bedingten russischen Devisenreserven eingefroren wurde. Dies verdeutlicht die klare Absicht des Westens, alle möglichen Hebel des internationalen Banken- und Finanzsystems zu nutzen, um die russische Wirtschaft möglichst spürbar zu schwächen. Damit wird das Finanzsystem zu einem zentralen Instrument für die Durchsetzung von Sicherheits- und ausserpolitischen Ansprüchen. Die besondere Tragweite solcher finanziellen Sanktionen gründet auf der Dominanzrolle des US-Dollars für das globale Finanzsystem.

Die Abhängigkeit vom US-Dollar-System verstärkt zudem in gewissen Weltregionen die Befürchtung, dass jedes – aus welchen Gründen auch immer – als unfreundlich erachtetes Land vom internationalen Finanzsystem relativ einfach ausgeschlossen werden könnte. Dies wiederum fördert die Suche nach alternativen Lösungen bei der Haltung von internationalen Reservewährungen und im internationalen Zahlungsverkehr. Der durch jede neue Eskalationsstufe in der geopolitischen Konfrontation befeuerte Prozess könnte mittel- bis langfristig zu einer Erosion der Dominanz des US-Dollars als internationaler Währung führen und damit eine unerwünschte Fragmentierung des globalen Finanzsystems und der damit einhergehenden Weltwirtschaftsordnung bewirken.

international, accélère encore la tendance. Cela place l'Occident et la Suisse devant de tout nouveaux défis. Alimentées par la rivalité entre les deux superpuissances que sont les États-Unis et la Chine, les tensions géopolitiques s'accroissent aux quatre coins du monde. Peu de régions de la planète échappent aux retombées de la course au pouvoir et de la lutte d'influence que se livrent les puissances régionales. Le monde est devenu plus multipolaire. La guerre en Ukraine montre clairement que de nombreux pays en Afrique, au Proche et Moyen-Orient ainsi qu'en Asie ne veulent pas s'aligner sur l'un des grands tenants du pouvoir mondial. Il en résulte que la Russie est moins isolée au plan mondial qu'en Europe. Ce sont les pays occidentaux principalement qui ont décrété des sanctions en réaction à l'agression russe. Il est à noter en effet que neuf membres du G20 n'ont imposé aucune sanction.

Dans ce contexte – et vu qu'une confrontation militaire directe avec la Russie en réaction à l'invasion n'était et n'est toujours pas une option pour l'Occident –, les sanctions internationales mises en place à l'encontre de la Russie sont sans précédent, non seulement en raison de leur éventail et de leur dimension qualitative inédite, mais aussi et surtout parce qu'elles visent pour la première fois une grande puissance mondiale. Du point de vue de la place financière, au-delà du blocage des avoirs des personnes et organisations ciblées, il est particulièrement remarquable que de très nombreuses banques russes aient été déconnectées du système interbancaire SWIFT et que, par ailleurs, une part non négligeable des réserves russes de devises, levier important de la politique monétaire, ait été gelée. Cela montre la claire intention de l'Occident de jouer sur tous les leviers possibles du système bancaire et financier international pour affaiblir le plus possible l'économie russe. Le système financier devient donc un instrument central dans les enjeux de politique extérieure et de sécurité. La portée exceptionnelle de pareilles sanctions financières repose sur le rôle dominant du dollar américain dans le système financier mondial.

La dépendance à l'égard du billet vert renforce par ailleurs la crainte, dans certaines régions du monde, que tout pays jugé inamical – pour quelque raison que ce soit – pourrait être assez facilement exclu du système financier international. Cette crainte pousse certains pays à chercher des solutions alternatives pour la détention des monnaies de réserve internationales ou pour le trafic international des paiements. Ce processus, observé à chaque nouvelle escalade dans la confrontation géopolitique, pourrait entraîner à moyen ou long terme une érosion de la position dominante du dollar américain comme monnaie internationale de référence et mener à une fragmentation indésirable du système financier mondial et de l'ordre économique mondial qui en résulte.

Dem Wettkampf der Systeme – autoritäre Regimes gegen die liberalen Demokratien des Westens – kann sich die Schweiz nicht entziehen. Im Falle einer potenziellen Eskalation zwischen den USA und China identifiziert der Think Tank Avenir Suisse, je nach Intensität des Konflikts und des Drucks von aussen, drei mögliche Wege für die Schweiz: Sie reichen von einer pragmatischen Vorgehensweise über den autonomen Nachvollzug im Gleichschritt zur EU bis hin zu einem Schulterchluss im Westen.

### PROTEKTIONISMUS ALS SCHLEICHEND ERSCHWERENDER FAKTOR

Parallel zu den völkerrechtlichen Aspekten, die zu begründbaren Sanktionen führen, spielen nebst geopolitischen Ansprüchen auch noch handelspolitische Überlegungen eine schleichend erschwerende Rolle. Der Angriff Russlands auf die Ukraine erfolgt in einer Zeit des intensivierten wirtschaftlichen Wettbewerbs zwischen China, den USA und der EU. Ein klarer Trend – weg von der Globalisierung, hin zu mehr Protektionismus – ist dabei zu beobachten. Es entstehen Wirtschafts- und Machtblöcke, die sich opportunistisch je nach Konstellation auch verschieben können. Überlagert vom Kampf zwischen den Weltmächten und Wertesystemen, gerät der Freihandel dadurch zunehmend unter Druck. Auch wenn aufgrund der engen globalen Verflechtungen der Lieferketten insbesondere die USA und China ein grundsätzliches Interesse am Fortbestehen intakter Handelsbeziehungen haben, besteht dennoch die Gefahr, dass aus vorwiegend protektionistischen Gründen der Wettbewerb in Handelskriegen ausartet – mit der Folge, dass auch politisch motivierte Sanktionsmechanismen und Gegenmassnahmen unilateral verhängt werden. Drittländer – darunter auch die Schweiz – riskieren dabei, ungerechtfertigt in Mitleidenschaft gezogen zu werden, indem sie zunehmend gedrängt werden, sich politisch und wirtschaftlich zu einer Seite zu bekennen. Insbesondere für die Schweiz – als neutrales Land, internationaler Finanzplatz und stark international ausgerichtete Volkswirtschaft – würde dies eine beträchtliche Herausforderung bedeuten.

### VEREINBARKEIT VON SANKTIONEN MIT SCHWEIZER NEUTRALITÄT

Die Neutralität ist ein erfolgreiches Instrument der schweizerischen Aussen- und Sicherheitspolitik. Sie geniesst grossen Rückhalt in der Bevölkerung. Ziel der Neutralität ist die Wahrung der Sicherheit und Unabhängigkeit der Schweiz. Dabei gilt es, zwischen Neutralitätsrecht und Neutralitätspolitik zu unterscheiden. Ersteres wurde in den Haager Abkommen von 1907 konzipiert und ist Teil des Völkerrechts. Es definiert die Rechte und Pflichten eines neutralen Staates. Zu den Pflichten gehört unter anderem, dass ein neutraler Staat an keinem internationalen Konflikt teilnimmt und keine Kriegspartei militärisch begünstigt. Im Gegenzug müssen Kriegsparteien die Unverletzlichkeit seines

La Suisse ne peut pas se soustraire à l'affrontement des systèmes opposant les régimes autoritaires aux démocraties libérales occidentales. Dans une escalade potentielle entre les États-Unis et la Chine, le think tank Avenir Suisse identifie – selon l'intensité du conflit et la pression extérieure – trois voies possibles pour la Suisse, allant de l'approche pragmatique à un resserrement des rangs en Occident, en passant par un positionnement encore autonome mais aligné sur celui de l'UE.

### LE PROTECTIONNISME: UN FACTEUR AGGRAVANT INSIDIEUX

Parallèlement aux aspects de droit international conduisant à des sanctions justifiables, les enjeux géopolitiques et les considérations commerciales constituent également un facteur aggravant insidieux. L'agression russe en Ukraine s'inscrit dans une période de concurrence économique accrue entre la Chine, les États-Unis et l'UE. On observe en effet clairement un glissement de la mondialisation vers une résurrection du protectionnisme. Des blocs économiques et de pouvoir émergent, qui peuvent aussi, par opportunisme, se redessiner en fonction des circonstances. Le libre-échange est ainsi mis de plus en plus sous pression par la lutte qui oppose les puissances mondiales et les systèmes de valeurs. Même si, en raison de l'enchevêtrement planétaire des chaînes d'approvisionnement, les États-Unis et la Chine en particulier ont fondamentalement intérêt à garder intactes les relations commerciales existantes, il y a cependant un risque, pour des motifs principalement protectionnistes, de voir cette concurrence évoluer vers des guerres commerciales qui pourraient aussi donner lieu à l'instauration unilatérale de sanctions et de contre-mesures basées sur des motivations politiques. Les pays tiers – dont la Suisse – risquent d'être entraînés de façon injustifiée dans cette tourmente, soumis qu'ils sont à une pression croissante de prendre position pour l'un ou l'autre camp au plan tant politique qu'économique. Pour la Suisse tout particulièrement, pays neutre dont l'économie et la place financière sont fortement tournées vers l'international, cela constituerait un défi de taille.

### COMPATIBILITÉ DES SANCTIONS AVEC LA NEUTRALITÉ SUISSE

La neutralité est un instrument efficace de la politique extérieure et de sécurité de la Suisse. Et elle bénéficie d'un important soutien dans la population. L'objectif de la neutralité est de préserver la sécurité et l'indépendance du pays. Une distinction doit être opérée ici entre le droit de la neutralité et la politique de neutralité. Le droit de la neutralité a été codifié dans les Conventions de La Haye en 1907 et fait partie du droit international. Il définit les droits et les obligations d'un État neutre. Parmi les obligations qui lui sont imposées, un État neutre ne peut participer à aucun conflit international et ne favoriser aucun belligérant du point de vue militaire. En contrepartie, les

Territoriums respektieren. Gemäss Bundesrat befolgt die Schweiz das Neutralitätsrecht nach wie vor uneingeschränkt. Aktuell intensiv diskutiert wird die Frage, ob die Schweiz die Wiederausfuhr von bereits verkauftem Kriegsmaterial an die Ukraine erlauben soll. Dabei gehen die Meinungen auseinander, ob dieses Vorgehen mit dem Neutralitätsrecht vereinbar ist.

Unter Neutralitätspolitik versteht man alle Massnahmen, die die Schweiz zum Schutz der Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit ihres Neutralitätsstatus ergreift. Nebst den völkerrechtlich festgelegten Rechten und Pflichten orientiert sich die Neutralitätspolitik an den jeweiligen Landesinteressen, an der internationalen Lage sowie an der Geschichte und Tradition des Landes. Die Schweizer Neutralität ist selbstgewählt, dauernd, international anerkannt und bewaffnet. Die Schweiz verfügt über eine eigene Armee, um ihre Unabhängigkeit und ihre territoriale Integrität zu verteidigen. Die Neutralität hindert die Schweiz nicht daran, Vorkehrungen zur Abwehr neuer Bedrohungen zu treffen, die sich häufig nur durch grenzüberschreitende Zusammenarbeit bekämpfen lassen. Dabei darf die Schweiz keine Verpflichtungen eingehen, mit denen sie riskieren würde, in einen Konflikt hineingezogen zu werden. Gestützt auf ihre lange Tradition der guten Dienste und der humanitären Hilfe, gibt die Schweiz ihrer Neutralität eine friedensbezogene und humanitäre Ausrichtung. Die Neutralität beeinträchtigt nicht das Recht zur freien politischen Stellungnahme der Schweiz und zu ihrem aktiven Einsatz für die Achtung und Förderung der Schweizer Grundwerte – wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte.

In diesem Kontext stellt sich für die Schweiz die Frage der Vereinbarkeit von Sanktionen mit ihrem international etablierten Neutralitätsstatus. Das Neutralitätsrecht statuiert grundsätzlich keine Unvereinbarkeit von Neutralität und Teilnahme an Wirtschaftssanktionen. Ein Mittragen von international breit abgestützten Sanktionen liegt im Interesse der an der Einhaltung des Völkerrechts und an humanitären Werten orientierten Aussenpolitik der Schweiz. Im Neutralitätsbericht von 1993 erklärte der Bundesrat zudem seine Bereitschaft, an Wirtschaftssanktionen ausserhalb der UNO teilzunehmen. Dies müsse aber auf einer umfassenden Güterabwägung im Einzelfall basieren, damit der Vorgang im Einklang mit seinen neutralitätspolitischen Grundsätzen stehe. So hat die Schweiz 1998 erstmals Sanktionen der EU gegen die damalige Republik Jugoslawien übernommen und später auch noch weitere Sanktionen, die nicht von der UNO erlassen worden waren. Zuletzt hat sich die Schweiz den umfassenden Sanktionspaketen 2022/23 der EU angeschlossen, als Reaktion auf die militärische Aggression Russlands gegen die Ukraine. Diese Praxiserweiterung der Sanktionen ausserhalb der UNO wird nun innenpolitisch durch konservative Kreise infrage gestellt. Sie monieren, dass solche Sanktionen mit einer strikten Auslegung der Neutralität unvereinbar seien. Eine entsprechende Neutralitäts-Volksinitiative

belligérants doivent respecter l'inviolabilité de son territoire. Selon le Conseil fédéral, la Suisse continue d'appliquer sans restrictions le droit de la neutralité. Une question fait actuellement grand débat: la Suisse doit-elle ou non autoriser la réexportation de matériel de guerre déjà vendu vers l'Ukraine? Les avis sont très divergents quant à la compatibilité d'une telle mesure avec le droit de la neutralité.

La politique de neutralité fait quant à elle référence à l'ensemble des mesures prises par la Suisse pour défendre la crédibilité et l'efficacité de son statut de neutralité. La politique de neutralité tient compte des droits et obligations définis par le droit international, mais aussi des intérêts nationaux, de la situation internationale, ainsi que de l'histoire et de la tradition de notre pays. Choix à long terme, la neutralité suisse est reconnue internationalement et défendue par les armes. La Suisse dispose d'une propre armée pour défendre son indépendance et son intégrité territoriale. La neutralité n'empêche pas la Suisse de prendre les dispositions requises pour faire face aux menaces nouvelles, qui ne peuvent souvent être contrées que par une collaboration transfrontalière. En l'espèce, la Suisse doit éviter tout engagement qui risquerait de l'entraîner dans un conflit. S'appuyant sur une longue tradition de bons offices et d'aide humanitaire, la Suisse donne à sa neutralité une orientation pacifique et humanitaire. La neutralité n'empêche en rien la Suisse de prendre librement des positions politiques et d'œuvrer pour le respect et la promotion des valeurs fondamentales du pays, telles que la démocratie, l'État de droit et les droits de l'homme.

Dans ce contexte se pose la question pour la Suisse de la compatibilité des sanctions avec sa neutralité reconnue au plan international. Le droit de la neutralité ne considère en principe pas que la neutralité est incompatible avec la participation à des sanctions économiques. L'application de sanctions bénéficiant d'un large soutien international est dans l'intérêt de la politique extérieure de la Suisse, basée sur le respect du droit international et des valeurs humanitaires. Dans son rapport sur la neutralité de 1993, le Conseil fédéral a expliqué en outre qu'il était disposé à participer à des sanctions économiques en dehors du cadre onusien. Pareille décision passe cependant chaque fois par une rigoureuse pesée des intérêts, afin de déterminer si la mesure prise est bien conforme aux principes de neutralité du pays. En 1998, la Suisse a donc repris pour la première fois des sanctions de l'UE à l'encontre de feu la République yougoslave et, plus tard, d'autres encore étrangères à l'ONU. Plus récemment, en 2022/2023, la Suisse a adhéré aux vastes paquets de sanctions de l'UE en réaction à l'agression militaire de l'Ukraine par la Russie. Cet élargissement pratique des sanctions en dehors du cadre onusien est aujourd'hui remis en question par certains milieux politiques suisses conservateurs, qui estiment que pareilles sanctions sont incompatibles avec une interprétation rigoureuse de la neutralité. Une initiative populaire sur la neutralité a été

wurde bereits lanciert. Darüber werden die Schweizer Bevölkerung und die Kantone in den nächsten Jahren zu befinden haben.

Bei der Frage der Perzeption der Schweizer Neutralität im aktuellen internationalen Kontext lässt sich gemäss dem Neutralitätsbericht des Bundesrats vom Oktober 2022 eine geografische Bruchlinie erkennen, die sich durch den Krieg in der Ukraine verstärkt hat: In Asien, im Nahen und Mittleren Osten sowie in Afrika und Lateinamerika ist die Wahrnehmung der Schweizer Neutralität zwar nicht sehr differenziert, aber überwiegend positiv. Die Neutralität trägt massgeblich zur guten Reputation der Schweiz bei und wird oftmals mit ihrer Vermittlerrolle verknüpft. In Europa und im angelsächsischen Raum hingegen hat das Verständnis für die Schweizer Neutralität abgenommen, und die Wahrnehmung ist bisweilen negativ. In Europa sind die EU und die NATO regionale Stabilitätsfaktoren und gelten als Sicherheitsgaranten. Der Neutralität wird kaum mehr eine eigene stabilisierende Wirkung für die Sicherheit in Europa zugebilligt. In Europa ist eine Erwartungshaltung gegenüber der Schweiz spürbar, die europäische Sicherheit und Wertegemeinschaft mitzutragen.

#### SCHWEIZER KERNWERTE ALS UNANTASTBARE ELEMENTE BEI SANKTIONSÜBERNAHMEN

Losgelöst von der Frage der Vereinbarkeit mit dem Neutralitätsstatus gibt es eine Reihe von konstitutiven Grundsätzen für den Rechtsstaat Schweizer Prägung, die bei der Übernahme von internationalen Sanktionen besonders zu beachten sind. Die Einführung und die Umsetzung von neuen Sanktionen müssen selbstredend im Rahmen der geltenden Rechtsordnung erfolgen und verfassungsmässige Grundrechte respektieren. Dazu gehören insbesondere allgemeine formelle Elemente wie das Legalitätsprinzip (*nulla poena sine lege*), der Grundsatz, wonach staatliches Handeln im öffentlichen Interesse und verhältnismässig zu sein hat, der Vertrauensschutz, die Gewaltentrennung, die Bindung an das Völkerrecht sowie die Gewährleistung eines wirksamen Rechtsschutzes mit unabhängiger Kontrolle und rechtlichem Gehör (*nulla poena sine culpa*). Aber auch materielle Elemente eines direktdemokratisch legitimierten Rechtsstaats sind zwingend zu beachten: Rechtsgleichheit, Schutz vor Willkür, Freiheitsrechte und weitere Menschenrechte wie die Eigentumsgarantie.

Im Zusammenhang mit finanziellen Sanktionen, bei denen es vorwiegend um die Behandlung von Vermögenswerten geht, ist speziell die Respektierung der Eigentumsgarantie als grundlegendes Menschenrecht hervorzuheben. In diesem Kontext wird international von anderen Jurisdiktionen geprüft, ob gesperrte Vermögenswerte konfisziert und deren Erlöse für andere Zwecke verwendet werden können. In dieser Frage hat sich der Bundesrat klar positioniert und festgehalten, dass die entschädigungslose Enteignung von Privateigentum rechtmässiger Herkunft der Bundesverfassung und der geltenden Rechtsordnung widerspricht

lancée en conséquence. La population suisse et les cantons auront à trancher la question dans les années à venir.

Le rapport sur la neutralité du Conseil fédéral d'octobre 2022 relève une ligne de fracture géographique quant à la perception de la neutralité suisse dans le contexte international actuel, et cette ligne de fracture s'est encore creusée avec la guerre en Ukraine: en Asie, au Proche et Moyen-Orient, en Afrique et en Amérique latine, la perception de la neutralité suisse n'est certes guère différenciée, mais elle reste majoritairement positive. La neutralité contribue substantiellement à la réputation de la Suisse et est souvent associée à son rôle de médiateur. En Europe et dans le monde anglo-saxon en revanche, la neutralité suisse suscite de plus en plus d'incompréhension et est perçue parfois même négativement. En Europe, l'UE et l'OTAN sont considérés comme des piliers de la stabilité régionale et apparaissent comme des garants de la sécurité. La neutralité n'est plus perçue comme un facteur stabilisateur pour la sécurité en Europe. En Europe, on attend manifestement de la Suisse qu'elle soutienne activement la sécurité européenne et les valeurs communes.

#### DES VALEURS SUISSES INCONTOURNABLES LORS DES REPRISES DE SANCTIONS

Indépendamment de la question de la compatibilité avec son statut de neutralité, une série de principes fondateurs de l'État de droit suisse doivent être particulièrement prise en compte lors de la reprise de sanctions internationales. Il va sans dire que de nouvelles sanctions doivent être instaurées et mises en œuvre conformément à la législation en vigueur et respecter les droits fondamentaux inscrits dans la Constitution. Songeons en particulier à des éléments formels généraux comme le principe de légalité (*nulla poena sine lege*), l'obligation pour l'État d'agir dans l'intérêt public et de façon proportionnée, la protection de la confiance légitime, la séparation des pouvoirs, le lien avec le droit international et la garantie d'une protection juridique efficace avec un contrôle indépendant et le droit d'être entendu (*nulla poena sine culpa*). Mais également des éléments matériels d'un État de droit légitimé par la démocratie directe doivent être pris en compte, comme l'égalité de droit, la protection contre l'arbitraire, les libertés civiles et d'autres droits de l'homme tels que la garantie de la propriété.

Concernant les sanctions financières, qui portent principalement sur des avoirs, le respect de la propriété doit être spécialement respecté, car il s'agit là d'un droit humain fondamental. Dans ce contexte, à l'international, d'autres juridictions sont en train d'examiner si des avoirs bloqués peuvent être confisqués et si leur produit peut être utilisé à d'autres fins. Le Conseil fédéral s'est clairement positionné par rapport à cette question en réaffirmant que l'expropriation de biens valablement acquis sans dédommagement est contraire à la Constitution fédérale et à la législation en

und internationale Verpflichtungen der Schweiz verletzt. Es ist daran zu erinnern, dass neben der Schweiz auch viele andere Staaten ähnliche verfassungsmässige Rechte und Garantien kennen und dass die Einziehung von Vermögenswerten ohne kriminellen Hintergrund in diesen Staaten ebenfalls kaum zu rechtfertigen sein dürfte.

### INKONSISTENZEN UND PRAXISFERNE BEI DEN VERHÄNGTEN SANKTIONEN

Der russische Angriff auf die Ukraine hat zur Verhängung weitreichender finanzieller Sanktionen durch zahlreiche Länder auf der ganzen Welt geführt. Obwohl es während der gesamten Krise eine beispiellose Zusammenarbeit zwischen den G7-Ländern und darüber hinaus gegeben hat, kam es bei der Gestaltung, Auslegung und Umsetzung von Sanktionen immer wieder zu teils grossen Differenzen, die von allgemeineren einheimischen geopolitischen Überlegungen abhängen. Auch haben sich technische Sanktionen mangels vorgängiger Abklärung mit Fachleuten aus der Praxis als schlicht praxisfern bzw. schwer umsetzbar erwiesen. Wenn es jedoch einen gemeinsamen Grund für den Einsatz solcher Instrumente gibt, ist es von entscheidender Bedeutung, dass zumindest die Massnahmen der gleichgesinnten sanktionierenden Staaten (USA, EU, UK) international koordiniert und kohärent sind, sodass bestimmte Elemente zwischen den Systemen harmonisiert werden. Unterschiede und Widersprüche zwischen den Sanktionsregelungen erschweren die Umsetzung und Einhaltung der Vorschriften und erhöhen die Compliance-Risiken – insbesondere für international agierende Finanzinstitute, aber auch für die mit der Durchsetzung von Sanktionen betrauten Behörden. Grosse Unstimmigkeiten zwischen den Ländern mit den umfangreichsten Sanktionsregelungen wurden in Bezug auf Listen, geografische Anwendbarkeit, Umfang der Ausnahmen und Zeitpunkt des Inkrafttretens identifiziert.

Ein konkretes Beispiel einer solchen inkonsistenten und praxisfernen Sanktion ist die Einlagererestriktion (Verbot der Entgegennahme von Einlagen über EUR 100'000 von russischen Staatsangehörigen oder in Russland ansässigen Personen), die die EU beschlossen hat. Die USA und UK kennen diese Massnahme nicht. Die Schweiz hat sich diesbezüglich grundsätzlich der EU angeschlossen und Einlagererestriktionen über CHF 100'000 auch hierzulande eingeführt. Aus Praktikabilitätsgründen ist in der Schweiz – im Gegensatz zur EU – die Entgegennahme von Corporate Actions (z. B. Zinsen und Dividenden) unabhängig von der Höhe des Betrags jedoch zu Recht erlaubt. Die diesbezüglich äusserst komplizierten Bestimmungen in der EU, die ohne sichtbaren Nutzen für die Effektivität der Sanktionen sind, führen nicht nur für international tätige Banken zu grossen Umsetzungsschwierigkeiten und erheblichen Compliance-Risiken, sondern wirken sich auch extraterritorial in der Schweiz und den Finanzplätzen weiterer Staaten durch bestehende Verträge derer

vigueur, ainsi qu'aux obligations internationales de la Suisse. Il faut rappeler qu'outre la Suisse, de nombreux autres États ont inscrit des droits et des garanties similaires dans leur Constitution et que la confiscation d'avoirs hors de tout fait criminel y serait sans doute tout aussi difficilement justifiable.

### INCONSISTANCES DANS LES SANCTIONS ET DÉCONNEXION DE LA PRATIQUE

L'invasion de l'Ukraine par la Russie a conduit à l'instauration de vastes sanctions financières par de nombreux pays dans le monde entier. Bien que durant toute la crise, la collaboration entre les pays du G7 et au-delà ait été sans précédent, l'élaboration, l'interprétation et la mise en œuvre des sanctions ont parfois révélé d'importantes divergences en raison de considérations géopolitiques nationales plus générales. D'autres sanctions techniques se sont aussi révélées déconnectées de la pratique ou difficilement applicables par manque de clarifications préalables auprès des acteurs de terrain. Lorsqu'il existe toutefois un motif commun pour recourir à pareils instruments, il est d'une importance cruciale que les mesures prises par les États partageant les mêmes valeurs (États-Unis, UE, Royaume-Uni) soient au moins cohérentes et cordonnées au plan international, de manière à pouvoir harmoniser certains éléments entre les systèmes. Les différences et les contradictions entre les régimes de sanctions compliquent la mise en œuvre et le respect des prescriptions et accroissent les risques de compliance, en particulier pour les instituts financiers opérant à l'international, mais aussi pour les autorités chargées de l'application de ces sanctions. De grandes divergences entre les pays aux régimes de sanctions les plus étendus ont été identifiées au niveau des listes, de l'applicabilité géographique, de l'ampleur des exceptions et des dates d'entrée en vigueur.

Un exemple concret d'une telle sanction incohérente et déconnectée de la pratique est la restriction des dépôts (interdiction d'accepter des dépôts d'un montant supérieur à EUR 100 000 de la part de citoyens russes ou de personnes domiciliées en Russie) décidée par l'UE. Les États-Unis et le Royaume-Uni ne connaissent pas cette mesure. De son côté, la Suisse a décidé de se ranger ici aux côtés de l'UE et a donc également introduit ces restrictions pour les dépôts supérieurs à CHF 100 000. Toutefois, pour des raisons pratiques, la Suisse a décidé – à juste titre d'ailleurs – d'autoriser les «corporate actions» (intérêts et dividendes, p. ex.) indépendamment du montant, contrairement à l'UE. Les contraintes extrêmement complexes dans l'UE à cet égard, sans utilité manifeste pour l'efficacité des sanctions, entraînent d'importantes difficultés de mise en œuvre et des risques de compliance considérables pour les banques opérant à l'international. Elles ont de plus des implications extraterritoriales en Suisse et sur d'autres tierces places financières en raison de contrats existants de leurs

Finanzhäuser mit europäischen Zentralverwahrern wie Euroclear aus.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Die Schweiz hat sich zu den internationalen Russland-Sanktionen klar bekannt und tut dies in einer Art und Weise, die zurzeit mit dem Neutralitätsstatus der Schweiz vereinbar ist. Ob diese Auslegung – und damit auch die Möglichkeit einer Übernahme von Sanktionen ausserhalb der UNO – wieder enger gefasst werden soll oder nicht, wird Gegenstand einer innerschweizerischen politischen Diskussion sein, die spätestens in ein paar Jahren durch die Abstimmung von Volk und Ständen über die laufende sogenannte Neutralitäts-Initiative entschieden wird.

Bis dahin soll sich die Schweiz – im Interesse der Effektivität der Massnahmen – international aktiv dafür einsetzen, dass internationale finanzielle Sanktionsmassnahmen zumindest unter gleichgesinnten Staaten (insbesondere USA, EU, UK und Schweiz) möglichst koordiniert und harmonisiert werden. Dabei ist darauf zu achten, dass auch wichtige Finanzplätze ausserhalb dieser Staaten möglichst mit einbezogen werden, um das Level Playing Field sicherzustellen. Ansonsten drohen Massnahmen – aufgrund der hohen Kapitalmobilität – global ineffektiv zu werden.

Generell soll die Schweiz zudem ihre eigene Finanzkompetenz in Zusammenarbeit mit der betroffenen Branche ausbauen und sich vor dem Erlass von internationalen Sanktionen auch aus Praktikabilitätsgründen einbringen. Im gleichen Sinne soll sich die Schweiz bei künftigen Sanktionen der neuen Art, die aufgrund der Dringlichkeit in Unkenntnis der Folgen ergriffen werden und sich nachträglich als ineffektiv bzw. kontraproduktiv in Bezug auf das Sanktionsziel erweisen, für deren Anpassung international stark machen. Auch sollte die Schweiz in einem solchen Fall eine Art «Escape-Klausel» für sich beanspruchen können.

Richtschnur für das konstruktive Einbringen der Schweiz müssen schliesslich zwingend die elementaren rechtsstaatlichen Prinzipien sein, auf denen das schweizerische Staatswesen aufbaut. Als kleines, neutrales Land mit einer jahrhundertelangen direkt-demokratischen Tradition, einer sehr liberalen Aussenwirtschaftspolitik und einer breit anerkannten aussenpolitischen Kompetenz bei den «Guten Diensten» bringt die Schweiz die nötige internationale Glaubwürdigkeit mit, um als «honest broker» die Stimme der Rechtsstaatlichkeit und des Völkerrechts – frei von macht- und handelspolitischen Partikularinteressen – aktiv gegenüber ihren internationalen Partnern einzubringen. Falls bei der Erarbeitung von internationalen Sanktionen entgegen dem Willen der Schweiz diese unantastbaren Prinzipien geritzt werden bzw. das Sanktionsrecht für rein geopolitische Zwecke instrumentalisiert wird, soll sich unser Land eigenständig vorbehalten, diese nicht oder nur teilweise zu übernehmen.

établissements financiers avec des dépositaires centraux européens comme Euroclear.

## CONCLUSIONS

La Suisse a clairement adhéré aux sanctions internationales à l'encontre de la Russie et ce, sans que cela soit actuellement incompatible avec son statut de neutralité. Faut-il ou non de nouveau restreindre cette interprétation et, partant, les possibilités d'adoption de sanctions en dehors du cadre onusien? Cette question sera au centre d'une discussion politique nationale dont l'issue sera tranchée au plus tard dans quelques années par la votation du peuple et des cantons sur l'initiative sur la neutralité, qui court actuellement.

Dans l'intervalle, dans l'intérêt de l'efficacité des mesures, la Suisse doit s'activer au plan international pour que les sanctions financières internationales soient au moins coordonnées et harmonisées entre les États partageant les mêmes valeurs (en particulier les États-Unis, l'UE, le Royaume-Uni et la Suisse). Il faut veiller à cet égard à ce que les places financières tierces importantes soient également impliquées autant que possible pour garantir un «level playing field». Sinon, les mesures risquent d'être globalement inefficaces compte tenu de la grande mobilité des capitaux.

De manière générale, la Suisse doit en outre développer sa propre compétence financière en collaboration avec la branche concernée et faire entendre sa voix par rapport aux aspects de praticabilité avant l'instauration de sanctions internationales. De même, concernant de futures sanctions inédites qui seraient décrétées sans en connaître les conséquences exactes, vu l'urgence, et qui se révéleraient a posteriori inefficaces ou contre-productives par rapport à l'objectif qu'elles sont censées poursuivre, la Suisse doit réclamer sur la scène internationale qu'elles fassent l'objet de modifications. En pareil cas, la Suisse doit aussi pouvoir se prévaloir d'une sorte de «clause dérogatoire».

La contribution constructive de la Suisse doit être au final nécessairement basé sur les principes de droit élémentaires qui fondent l'État suisse. En tant que petit pays neutre avec une tradition séculaire de démocratie directe, une politique économique extérieure très libérale et une compétence de politique extérieure largement reconnue en matière de «bons offices», la Suisse a la crédibilité internationale requise pour apparaître comme un «honest broker» habilité à faire entendre activement la voix de l'État de droit et du droit international auprès de ses partenaires internationaux, affranchie qu'elle est de tout intérêt particulier en termes de politique de bloc commercial ou de bloc politico-militaire. Si, contre la volonté de la Suisse, ces principes de droit intangibles sont mis à mal ou si le droit des sanctions est instrumentalisé à des fins purement géopolitiques dans le cadre de l'élaboration de sanctions internationales, notre pays doit se réserver le droit de ne pas les reprendre ou de les adopter seulement en partie.

## AKTIVITÄTEN DER VEREINIGUNG ACTIVITÉS DE L'ASSOCIATION

Seit der letzten Mitgliederversammlung im vergangenen Juni sind die Tätigkeit der VAV von folgenden Dossiers bzw. Aktivitäten geprägt worden:

### SUSTAINABLE FINANCE

Im September 2021 hatte die VAV mit der Publikation «Sustainable Finance als Chance für die Vermögensverwaltung» eine Brancheninitiative lanciert. Ziel war und ist es, private und institutionelle Anlegerinnen und Anleger beim nachhaltigen Investieren zu begleiten und einen Beitrag zur Transformation zugunsten einer nachhaltigeren Wirtschaft zu leisten – denn Schweizer Vermögensverwaltungsbanken bekennen sich dazu, diesen Veränderungsprozess im Rahmen ihres Aktionsradius aktiv voranzutreiben. Gemeinsam hatten sie folglich Prioritäten definiert, die sie seitdem umsetzen, weiterentwickeln und regelmässig überprüfen. Im September 2022 ist erstmals eine Berichterstattung zu den erzielten Fortschritten publiziert worden. Die ursprünglich 16 Prioritäten sind angesichts leichter Anpassungen und Weiterentwicklungen (u. a. unter Berücksichtigung der inzwischen veröffentlichten Massnahmen des Bundesrates und der Schweizerischen Bankiervereinigung (SBVg) im Bereich Sustainable Finance) auf zwölf konzentriert und in vier Kategorien unterteilt worden: Reduktion der Treibhausgasemissionen, Angebot und Beratung, Ausbildung, Offenlegung. Insgesamt hat sich gezeigt, dass die Implementierung dieser Prioritäten, die zur Erreichung der Ziele des Pariser Klimaabkommens beitragen sollen, deutlich vorangekommen ist.



Depuis la dernière assemblée de ses membres, en juin dernier, les activités de l'ABG ont été marquées par les dossiers et activités suivants:

### FINANCE DURABLE

En septembre 2021, l'ABG a lancé une initiative de branche avec la publication «La finance durable - une opportunité pour la gestion de fortune». L'objectif était et est toujours d'aider les investisseurs privés et institutionnels à s'inscrire dans l'investissement durable et à contribuer ainsi à la transition vers une économie plus durable. Les banques de gestion suisses se sont ainsi engagées à favoriser ce processus de transformation dans le cadre de leur champ d'action. Ce faisant, elles ont définis des priorités communes, qu'elles mettent en œuvre, développent et révisent régulièrement depuis. Un rapport sur les progrès accomplis a été publié pour la première fois en septembre 2022. En raison de légères adaptations et de développements (notamment prise en compte des mesures – publiées dans l'intervalle – du Conseil fédéral et de l'Association suisse de banquiers (ASB) dans le domaine de la finance durable), les 16 priorités initiales ont été réduites à douze, en plus d'être réparties en quatre catégories (réduction des émissions de gaz à effet de serre; offre et conseil; formation; publication d'informations). De manière générale, il est apparu que l'implémentation de ces priorités, visant à contribuer à la réalisation des objectifs de l'Accord de Paris sur le climat, a clairement progressé.



Die Initiative wird von 14 VAV-Mitgliedern unterstützt und hat seit ihrer Lancierung gewichtigen Zufluss erhalten. So beteiligen sich neu alle Privatbanken der Vereinigung Schweizerischer Privatbanken (VSPB) sowie die LGT Bank an der Initiative. Damit unterstützen derzeit insgesamt 23 Institute, die verwaltete Vermögen im Wert von insgesamt CHF 2 200 Mia. repräsentieren, diese Initiative.

Darüber hinaus unterstützt die VAV mit ihren Expertinnen und Experten die laufenden Arbeiten im Bereich Sustainable Finance der SBVg und der Asset Management Association Switzerland (AMAS). Hervorzuheben sind dabei die neuen Selbstregulierungen der SBVg, die für alle Mitglieder verbindlich sind. Sie sind per 1. Januar 2023 in Kraft getreten. Konkret sind darin verpflichtende Vorgaben für Beratungsprozesse im Bereich der Anlage- und Hypothekarberatung verabschiedet worden. Komplementär zur Selbstregulierung der SBVg hat die AMAS eine Selbstregulierung zu Transparenz und Offenlegung bei nachhaltigen Kollektivvermögen definiert, die per Ende September 2023 für alle AMAS-Mitglieder in Kraft treten wird.

Ende 2022 hat der Bundesrat zudem zwei wichtige Berichte zum Thema Sustainable Finance verabschiedet: eine Analyse der Handlungsfelder 2022–2025, damit die Schweiz einen führenden nachhaltigen Finanzplatz behält, sowie seinen Standpunkt bezüglich Greenwashing-Prävention im Finanzsektor. Die Berichte unterstreichen die Bedeutung der Nachhaltigkeit und zeigen auf, welche Massnahmen für den Finanzplatz Schweiz bereits getroffen wurden und welche in Aussicht stehen. Im Bericht «Sustainable Finance Schweiz» werden 15 spezifische Massnahmen definiert, wobei viele dieser Massnahmen bereits adressiert wurden.

Soutenu par 14 membres de l'ABG, l'initiative obtenu un renfort de poids depuis son lancement. Ainsi, toutes les banques privées de l'Association de Banques Privées Suisses (ABPS) et la LGT Bank se sont maintenant jointes à l'initiative. Dès lors, pas moins de 23 instituts totalisant CHF 2200 milliards d'actifs sous gestion soutiennent désormais l'initiative.

Au-delà de cette initiative, l'ABG soutient, avec ses expertes et experts, les travaux en cours de l'ASB et de l'Asset Management Association Switzerland (AMAS) dans le domaine de la finance durable. Il faut noter ici les nouvelles autorégulations de l'ASB entrées en vigueur de manière contraignante pour tous les membres au 1er janvier 2023. Concrètement, des prescriptions contraignantes ont été adoptées pour les processus de conseil hypothécaire et en placement. En complément à l'autorégulation de l'ASB, l'AMAS a défini une autorégulation relative à la transparence et à la publication d'informations par les fonds collectifs se référant à la durabilité, qui entrera en vigueur fin septembre 2023 pour l'ensemble des membres de l'AMAS.

Fin 2022, le Conseil fédéral a adopté en outre deux rapports importants sur le thème de la finance durable: une analyse des champs d'action 2022-2025 en vue d'assurer à la place financière suisse une position de leader en matière de développement durable et une prise de position concernant la prévention de l'écoblanchiment sur le marché financier. Ces rapports soulignent l'importance du développement durable et relèvent les mesures qui ont déjà été prises et qui sont envisagées en soutien de la place financière suisse. Le rapport sur la finance durable en Suisse définit 15 mesures spécifiques, dont beaucoup ont déjà été reprises.





Was die Greenwashing-Prävention im Finanzsektor anbelangt, befasst sich eine Arbeitsgruppe unter Leitung des SIF und unter Einbezug der Branche derzeit damit, die optimale Umsetzung des Standpunktes des Bundesrates bezüglich Greenwashing-Prävention festzulegen. Die VAV ist über ihre Expertinnen und Experten in diese Arbeiten eingebunden.

Im Juni 2023 kommt zudem der indirekte Gegenvorschlag zur Gletscher-Initiative vors Volk. In erster Linie sollen die Industrie, der Verkehr und die Gebäude verpflichtet werden, bis 2050 klimaschädliche Emissionen zu reduzieren. Darüber hinaus wird in Artikel 9 auch der Finanzplatz behandelt. Gemäss diesem Artikel hat der Bund dafür zu sorgen, dass der Schweizer Finanzplatz einen effektiven Beitrag zur emissionsarmen – und gegenüber Klimaveränderungen widerstandsfähigen – Entwicklung leistet. Zu diesem Zweck sollen insbesondere Massnahmen zur Verringerung der Klimawirkung der nationalen und internationalen Finanzmittelflüsse getroffen werden. Dazu soll der Bundesrat mit der Finanzbranche Vereinbarungen zur klimaverträglichen Ausrichtung der Finanzflüsse abschliessen können. In den Materialien zur parlamentarischen Debatte konnte die Klärung eingebracht werden, dass der Anlageentscheid letztlich beim Kunden und nicht bei der Bank liegt. Somit können Banken nicht für Emissionen anderer Branchen rechtlich verantwortlich gemacht werden.

## STROMMANGELLAGE UND ENERGIEEFFIZIENZ

Im Hinblick auf die drohende Strommangellage im Winter 2022/23 haben die Mitglieder der VAV diverse Massnahmen ergriffen, um einerseits die Energieeffizienz zu erhöhen, und Vorbereitungen getroffen, um andererseits die Business Continuity zu gewährleisten. Dazu hat ein regelmässiger Austausch zwischen Business-Continuity-Management-Verantwortlichen verschiedener Banken, der SBVg, der SNB sowie der SIX stattgefunden.

## BILATERALE BEZIEHUNGEN ZUR EU

Auch wenn die Schweiz ihre Güter und Dienstleistungen global exportiert, bleibt die EU der mit Abstand wichtigste Handelspartner. Zahlreiche Arbeitsplätze, Wohlstand und Wertschöpfung in der Schweiz hängen unmittelbar von intakten Beziehungen zur EU ab. Daher gilt es, diesen Beziehungen Sorge zu tragen und sie nicht weiter erodieren zu lassen.

Nach dem einseitigen Abbruch der Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen im Jahr 2021 hat sich die Schweiz in eine gefährliche Position hineinmanövriert. Die EU hat als Reaktion darauf entschieden, dass sie vorerst nicht nur keine neuen sektoralen Abkommen mit der Schweiz abschliessen, sondern auch keine bestehenden Abkommen aktualisieren wird.

Concernant la question de la prévention de l'écoblanchiment sur le marché financier, un groupe de travail sous la direction du SFI et impliquant la branche est en train de travailler sur la mise en œuvre optimale de la prise de position du Conseil fédéral concernant la prévention de l'écoblanchiment. L'ABG est impliquée dans ces travaux avec ses expertes et experts.

En juin 2023, le contre-projet indirect à l'initiative pour les glaciers sera soumis en votation. Le but premier est d'imposer une réduction des émissions néfastes pour le climat d'ici à 2050 dans l'industrie, les transports et les bâtiments. La place financière est également abordée à l'article 9. Conformément à cet article, la Confédération doit veiller à ce que la place financière suisse apporte une contribution effective à un développement à faible émission capable de résister aux changements climatiques. Il s'agit notamment de prendre des mesures de réduction de l'effet climatique des flux financiers nationaux et internationaux. Par ailleurs, le Conseil fédéral est censé conclure, avec les secteurs financiers, des conventions visant à rendre les flux financiers compatibles avec les objectifs climatiques. Dans les documents importants du travail parlementaire, il a été possible d'amener une clarification selon laquelle la décision de placement réside, en ultime ressort, entre les mains du client et non entre celles de la banque. Les banques ne peuvent donc pas être rendues légalement responsables des émissions d'autres branches.

## PÉNURIE D'ÉLECTRICITÉ ET EFFICACITÉ ÉNERGÉTIQUE

Vu la menace de pénurie d'électricité durant l'hiver 2022/23, les membres de l'ABG ont pris différentes mesures pour accroître l'efficacité énergétique et mis en place les conditions requises pour garantir la continuité des opérations. À cette fin, un échange régulier a eu lieu entre les responsables du «Business Continuity Management» de différentes banques, de l'ASB, de la BNS et de SIX.

## RELATIONS BILATÉRALES AVEC L'UE

Même si la Suisse exporte ses produits et ses services dans le monde entier, l'UE reste de loin son principal partenaire commercial. De nombreux emplois, la prospérité et la création de valeur en Suisse dépendent directement des bonnes relations avec l'UE. Il importe donc d'en prendre soin et de ne pas les laisser s'éroder davantage.

Avec la rupture unilatérale des négociations sur l'accord-cadre institutionnel en 2021, la Suisse s'est mise dans une situation périlleuse. En réaction, l'UE a déclaré qu'elle ne souhaitait plus conclure le moindre nouvel accord sectoriel avec la Suisse et aussi qu'elle excluait désormais toute actualisation d'accords existants. Ce faisant, toute une série

Damit ist eine ganze Reihe von exportorientierten Branchen, darunter auch die Vermögensverwaltung, in ihrer Weiterentwicklung von der Schweiz aus gefährdet. Erschwerend kommt hinzu, dass die Europäische Kommission immer wieder neue protektionistische Massnahmen im Bankenbereich erlässt. Dies hängt nicht zuletzt mit der verschärfteren Gangart gegenüber Drittstaaten infolge des Brexits zusammen. So hat die Kommission Ende 2021 vorgeschlagen, dass die aktualisierten CRD/CRR auch einen harmonisierten EU-Aufsichtsrahmen für Drittstaaten-Zweigniederlassungen im Bereich der grenzüberschreitenden «Banking Services» erfordern, was zur Folge hätte, dass (ausser über «reverse solicitation») keine Bankdienstleistungen aus Drittstaaten mehr zugelassen würden ohne Niederlassung oder Filiale vor Ort. Erfreulicherweise hat der Europäische Rat diesen Vorschlag verworfen. Das Europäische Parlament hält jedoch daran fest, wenn auch mit stark eingeschränktem Anwendungsbereich, womit die Branche leben könnte. Eine Einigung soll demnächst gefunden werden.

Ein weiteres Beispiel ist die von der Europäischen Kommission aus rein politischen Gründen verweigerte Äquivalenzanerkennung der Schweizer Börsenregulierung. Die Schweiz hat darauf mit der Einführung von Schutzmassnahmen für die Schweizer Börseninfrastruktur reagiert. Diese haben sich grundsätzlich bewährt. Die VAV hat daher die vom Bundesrat Ende 2021 vorgeschlagene Verlängerung und die Überführung der bundesrätlichen Schutzmassnahmen für die Schweizer Börseninfrastruktur ins ordentliche Recht ausdrücklich begrüsst. Dabei hat sie jedoch betont, dass es sich um eine temporäre Massnahme handeln sollte und dass das strategische Ziel einer unbefristeten Äquivalenzanerkennung durch die Europäische Kommission weiterhin konsequent angestrebt werden sollte. So sind offene und funktionierende Finanzmärkte von grosser Bedeutung und im beidseitigen Interesse der EU und der Schweiz.

Diese Entwicklungen zeigen, dass dringender Handlungsbedarf besteht, will man der schleichenden Erosion des bilateralen Weges mit der EU ein Ende setzen. Dies hat auch der Bundesrat erkannt; Anfang 2022 hat er kommuniziert, dass er neue Verhandlungen mit der EU zu institutionellen Fragen aufnehmen möchte, und hat die Eckwerte dafür skizziert. Konkret will der Bundesrat Fragen wie die dynamische Rechtsübernahme, die Streitbeilegung sowie Ausnahmen von Schutzklauseln neu sektoriell regeln. Dieser sogenannte «vertikale Ansatz» würde bedeuten, dass diese institutionellen Fragen in den einzelnen Binnenmarktverträgen verankert werden und allenfalls auch neue Marktzugangsabkommen verhandelt werden könnten. Konkrete Beispiele nennt der Bundesrat in den Bereichen Strom oder Forschung. Bedauerlicherweise ist noch keine explizite Rede vom Bankensektor, obwohl es hier vielversprechende Ansätze gäbe und eine Lösung dringlich ist. Seit März 2022 laufen Sondierungsgespräche mit der EU.

de Branchen orientées vers l'exportation, dont celle de la gestion, voient leur développement mis en danger depuis la Suisse. Pour couronner le tout, la Commission européenne prend sans cesse de nouvelles mesures protectionnistes dans le domaine bancaire. Il faut y voir le résultat, en grande partie, d'une plus grande fermeté par principe à l'égard des pays tiers depuis le Brexit. Ainsi, fin 2021, la Commission a proposé que les CRD et CRR révisées imposent également un cadre de surveillance européen harmonisé pour les succursales de pays tiers dans le domaine des services bancaires transfrontaliers; il deviendrait de ce fait impossible d'offrir des services bancaires à partir de pays tiers sans avoir une filiale ou une succursale sur place, sauf en cas de «reverse solicitation». Le Conseil européen a heureusement rejeté cette proposition. Le Parlement européen s'accroche néanmoins au concept, mais avec un champ d'application nettement plus restreint qui serait acceptable pour la branche. Un accord devrait pouvoir être trouvé prochainement.

Un autre exemple est le refus par la Commission européenne d'une reconnaissance de l'équivalence de la réglementation boursière suisse pour des raisons politiques. La Suisse a réagi en introduisant des mesures de protection de l'infrastructure boursière suisse. Celles-ci ont en général fait leurs preuves. L'ABG a dès lors soutenu expressément la proposition du Conseil fédéral de fin 2021 de prolonger la mesure de protection de l'infrastructure boursière suisse mise en place par le Conseil fédéral et de l'inscrire dans le droit ordinaire. Elle a toutefois indiqué qu'il doit s'agir là d'une mesure temporaire et que l'objectif stratégique d'une reconnaissance non limitée dans le temps de l'équivalence par la Commission européenne doit encore et toujours être poursuivi avec persévérance. Il est essentiel que les marchés financiers soient ouverts et puissent opérer sans entraves, dans l'intérêt mutuel de l'UE et de la Suisse.

Ces développements montrent qu'il y a urgence à agir si l'on veut mettre fin à l'érosion rampante des relations bilatérales avec l'UE. Le Conseil fédéral en a pris conscience et a annoncé, début 2022, qu'il souhaitait entamer de nouvelles négociations avec l'UE sur des questions institutionnelles et en a esquissé les grandes lignes. Concrètement, le Conseil fédéral veut pouvoir trouver des solutions sectorielles pour régler des questions telles que la reprise dynamique du droit, le règlement des litiges et les exceptions aux clauses de protection. Cette approche dite «verticale» impliquerait que ces questions institutionnelles soient ancrées dans les différents accords relatifs au marché intérieur et que de nouveaux accords d'accès au marché puissent être éventuellement négociés. Le Conseil fédéral cite des exemples concrets dans les domaines de l'électricité ou de la recherche. Malheureusement, il ne parle pas encore explicitement du secteur bancaire malgré des pistes prometteuses et l'urgence de trouver une solution. Des discussions exploratoires

In diesen ist es gemäss Mitteilung des Bundesrates von Ende März 2023 gelungen, ein gemeinsames Verständnis in Bezug auf den vom Bundesrat eingebrachten Paketansatz zu entwickeln. Der Bundesrat hat daher den Auftrag an die zuständigen Departemente erteilt, bis Ende Juni 2023 die Eckwerte eines Verhandlungsmandats mit der EU zu erarbeiten. Gleichzeitig soll die gemeinsame Basis mit der EU im Hinblick auf die Aufnahme von Verhandlungen weiter präzisiert werden.

Auch die VAV ist bestrebt, einen Beitrag zum Dialog mit der EU zu leisten und Verständnis für die Schweizer Eigenheiten und Positionen zu schaffen. Dies war mit ein Grund, dass sich die VAV im März 2023 entschieden hat, zusammen mit der SBVg, der Vereinigung Schweizerischer Privatbanken (VSPB) und der AMAS dem Swiss Finance Council (SFC) beizutreten. Der SFC wurde 2013 von der UBS und der Credit Suisse gegründet und beteiligt sich in Brüssel am Dialog über politische Entwicklungen im Finanzbereich auf europäischer Ebene. Durch die neuen Mitglieder wird der SFC zur Stimme der international aktiven Schweizer Banken und Asset Manager in Brüssel. Dadurch wird die Vertretung der gemeinsamen Interessen gegenüber den EU-Stakeholdern gestärkt. Der Präsident der VAV, Philipp Rickenbacher, wird zudem Mitglied des Vorstands.

#### MARKTZUGANG ZUR EU UND ZU EINZELNEN LÄNDERN

Als kleine Volkswirtschaft mit einem kleinen Heimmarkt ist der Vermögensverwaltungsstandort Schweiz in besonderem Masse auf das grenzüberschreitende Geschäft angewiesen. Dabei bleibt Westeuropa trotz aufstrebender fernerer Märkte der mit Abstand wichtigste Absatzmarkt. Damit der für die Schweizer Volkswirtschaft äusserst bedeutende Ertragszweig der Vermögensverwaltung erhalten bleibt, sind Schweizer Banken zwingend auf einen reibungslosen Marktzugang zur EU angewiesen. Dieser ist heute jedoch nur sehr eingeschränkt gegeben. Ohne rasche Verbesserungen wird sich der Trend, dass Banken ihre Kunden in der EU vermehrt über Niederlassungen bzw. Direktinvestitionen vor Ort bedienen, statt wie bislang von der Schweiz aus, weiter verstärken. Bei der konkreten Ausgestaltung eines hypothetischen Marktzugangs zur EU steht ein «institutsspezifischer» Ansatz im Vordergrund. Dieser Ansatz sieht vor, dass nur diejenigen Finanzinstitute, die ihre Dienstleistungen aktiv in der EU anbieten möchten, die EU-Regularien vollumfänglich – und damit auch dynamisch – übernehmen und sich entsprechend lizenzieren/registrieren lassen müssten, um auf diesem Weg einen «EU-Pass» zu erhalten. Damit wird ein Level Playing Field für Institute sichergestellt, die sich aktiv auf dem EU-Markt betätigen. Finanzinstitute, die nicht an einem aktiven Marktzugang interessiert sind, könnten ihre EU-Kunden weiterhin im Rahmen der von der EU regulierten passiven Dienstleistungsfreiheit («reverse solicitation») bedienen. Dieser Lösungsansatz ist mit dem vom Bundesrat verfolgten vertikalen Ansatz bestens kompatibel. Es wäre daher nicht

sont en cours avec l'UE depuis le mois de mars 2022. Selon un communiqué du Conseil fédéral de fin mars 2023, les deux parties sont parvenues à une compréhension commune de l'approche par paquet proposée par le Conseil fédéral. Le Conseil fédéral a dès lors chargé les départements compétents d'élaborer jusqu'à fin juin 2023 les grandes lignes d'un mandat de négociation avec l'UE. Parallèlement à cela, la base commune avec l'UE quant à l'ouverture de négociations doit être précisée plus avant.

L'ABG s'efforce elle aussi d'apporter une contribution au dialogue avec l'UE et d'améliorer la compréhension des particularités et positions suisses. C'est l'une des raisons pour lesquelles l'ABG a décidé, en mars 2023, d'adhérer au Swiss Finance Council (SFC), tout comme l'ASB, l'Association des Banques Privées Suisses (ABPS) et l'AMAS. Le SFC a été fondé en 2013 par UBS et Credit Suisse et participe, à Bruxelles, au dialogue sur les développements politiques dans le domaine financier au niveau européen. Grâce au poids de ses nouveaux membres, le SFC a pour vocation de devenir la voix des banques et asset manager suisses opérant à l'international. Cela renforce la défense des intérêts communs à l'égard des parties prenantes de l'UE. Par ailleurs, le président de l'ABG, Philipp Rickenbacher, siègera au comité.

#### ACCÈS AU MARCHÉ DE L'UE ET DE DIVERS PAYS

Petite économie nationale articulée autour d'un marché domestique modeste, la Suisse est, en tant que place de gestion de fortune, particulièrement dépendante des opérations transfrontalières. En l'occurrence, l'Europe occidentale reste de loin le marché le plus important malgré l'émergence de marchés plus lointains. Afin de pérenniser cette source de revenus extrêmement importante pour l'économie suisse qu'est la gestion de fortune, il est impératif que les banques suisses puissent accéder aisément au marché de l'UE. Cet accès est pourtant très restreint à l'heure actuelle. Sans améliorations rapides, les banques vont de plus en plus avoir tendance à servir leur clientèle dans l'UE par le biais de succursales ou d'investissements directs sur place, au lieu d'opérer depuis la Suisse. La conception concrète d'un accès hypothétique au marché de l'UE s'inspire principalement d'une approche «spécifique aux instituts», qui prévoit que seuls les instituts financiers souhaitant proposer leurs services activement au sein de l'UE soient tenus de reprendre intégralement – donc de manière dynamique également – les réglementations européennes et de se faire ainsi licencier/enregistrer pour obtenir un «passeport européen». Un «level playing field» pour les instituts participant activement au marché européen est ainsi garanti. Les instituts financiers non intéressés par un accès actif au marché pourraient continuer à servir leurs clients européens dans le cadre de la libre prestation des services passive réglementée par l'UE («reverse solicitation»). Cette solution est parfaitement compatible avec l'approche

nachvollziehbar, wenn der Bundesrat darauf verzichten würde, den gegenseitigen Marktzugang für Banken in das Verhandlungspaket mit der EU einzubringen und als Anliegen der Schweizer Wirtschaft zu positionieren. Würde er dies tatsächlich unterlassen, wäre innerhalb der nächsten zehn Jahre realistischerweise kaum mit einer Lösung zu rechnen. So lange kann die Branche jedoch nicht zuwarten; der Verlagerungs- bzw. Umstrukturierungsprozess wird sich bis dahin fortsetzen – mit entsprechenden nachteiligen Auswirkungen für den Standort Schweiz.

Parallel zur Verhandlungsebene mit der EU als Ganzem soll aber weiterhin versucht werden, bei einzelnen strategisch wichtigen europäischen Ländern spezifische Marktzugangsverbesserungen zu erzielen. Mit Deutschland beispielsweise gibt es bereits zwei entsprechende Lösungen: die Standardfreistellung und die vereinfachte Freistellung. Luxemburg hat im Sommer 2020 die Schweizer Regulierungen betreffend Dienstleistungen für professionelle Kunden als äquivalent anerkannt. Auch mit Italien laufen seit Jahren Gespräche. Diese erweisen sich allerdings als harzig. Erschwerend kommt hinzu, dass Italien mit einer direkten Gewinnbesteuerung der Exportumsätze von Banken Ernst macht. Gerechtfertigt wird dies mit einer extensiven Auslegung des Begriffs «permanent establishment». Dies führt zu einer krassen Doppelbesteuerung von Unternehmensgewinnen, sofern der Schweizer Fiskus keine entsprechende Befreiung gewährt. Das italienische Vorgehen stellt ein gefährliches Präjudiz für die gesamte Schweizer Exportindustrie dar, denn damit besteht die reelle Gefahr einer schrittweisen Aushöhlung von liberalen Handelsprinzipien. Es ist wichtig, dass sich die Schweizer Behörden weiterhin dagegen wehren. Die Gespräche mit Grossbritannien über ein «Mutual Recognition Agreement» verlaufen hingegen positiv. Aufgrund der vielen politischen Veränderungen in Grossbritannien im Jahr 2022 kam es allerdings zu starken Verzögerungen. Dennoch wird erwartet, dass die Verhandlungen Ende Sommer 2023 erfolgreich abgeschlossen werden können.

## PROMOTIONSAKTIVITÄTEN IM AUSLAND

Im Zusammenhang mit der Reputation des Schweizer Finanzplatzes auf der internationalen Bühne ist auf den im Jahr 2020 erfolgten Aufbau einer gemeinsamen Promotionsplattform von Bund und Finanzbranche hinzuweisen: [www.finance.swiss](http://www.finance.swiss). Diese Plattform hat zum Ziel, die Stärken und Qualitäten des Finanzplatzes Schweiz als führendem Anbieter von umfassenden Finanzdienstleistungen im Ausland noch bekannter zu machen. Diese Merkmale treffen insbesondere auf die grenzüberschreitende Vermögensverwaltung zu, bei der die Schweiz weltweit auch weiterhin die klare Nummer eins ist. Die Plattform dient als zentraler Hub für Informationen und als Anlaufstelle bei Fragen zum Finanzplatz Schweiz. Sie bietet

verticale du Conseil fédéral. Il serait dès lors incompréhensible que le Conseil fédéral renonce à inclure l'accès mutuel au marché pour les banques dans le paquet de négociation avec l'UE et à présenter ce point comme une demande de l'économie suisse. Dans un tel cas de figure, il y aurait très peu de chances de voir une solution émerger au cours des dix prochaines années. La branche ne peut pas attendre aussi longtemps, car le processus de relocalisation et de restructuration se poursuivra dans l'intervalle, avec des effets négatifs pour la place financière suisse.

Parallèlement aux négociations avec l'UE dans son ensemble, il faut également essayer d'obtenir des améliorations spécifiques de l'accès au marché auprès de différents pays européens d'importance stratégique. Deux solutions ont ainsi déjà pu être mises en place avec l'Allemagne: l'exemption standard et l'exemption simplifiée. À l'été 2020, le Luxembourg a acté l'équivalence des réglementations suisses relatives aux prestations de services pour les clients professionnels. Des discussions sont également en cours depuis des années avec l'Italie. Celles-ci se révèlent cependant ardues. Il est vrai que l'Italie a opté pour une imposition directe des bénéfices des chiffres d'affaires à l'exportation réalisés par les banques, arguant d'une interprétation extensive de la notion d'«établissement permanent». Cette situation mène à une double imposition flagrante des bénéfices des entreprises si le fisc suisse n'accorde aucune dispense correspondante. La méthode italienne constitue un précédent dangereux pour l'ensemble de l'industrie exportatrice suisse, car elle crée un risque réel de sape progressive des principes libéraux de commerce. Il est essentiel que les autorités suisses continuent de s'y opposer. Les entretiens avec la Grande-Bretagne concernant un «Mutual Recognition Agreement» se déroulent en revanche dans un climat positif. D'importants retards ont cependant été enregistrés en raison des nombreux changements politiques en Grande-Bretagne en 2022. Selon toute vraisemblance, les négociations devraient néanmoins pouvoir être conclues avec succès à la fin de l'été 2023.

## ACTIVITÉS DE PROMOTION À L'ÉTRANGER

En relation avec la réputation de la place financière suisse sur la scène internationale, il convient de mentionner la création, en 2020, d'une plate-forme de promotion commune de la Confédération et du secteur financier: [www.finance.swiss](http://www.finance.swiss). Cette plate-forme a pour objectif d'encore mieux faire connaître à l'étranger les atouts et les qualités de la place financière suisse en tant que prestataire de premier plan d'un éventail complet de services financiers. Ces atouts sont particulièrement importants dans le domaine de la gestion de fortune transfrontalière, où la Suisse reste clairement le numéro un mondial. La plate-forme sert de hub d'information central et de point de chute pour toute question relative à la place financière suisse. Elle fournit

Informationen zu den gesetzlichen Rahmenbedingungen und den Kennzahlen des Finanzplatzes, vermittelt seine Werte sowie Standortvorteile und macht auf Anlässe, Aktivitäten sowie Publikationen der verschiedenen Akteure aufmerksam. Die VAV war bei der Erstellung und Umsetzung der Plattform involviert und bringt sich auch weiterhin in Bezug auf die inhaltliche Weiterentwicklung ein.

des informations sur les conditions cadres légales et sur les indicateurs de la place financière, présente ses valeurs et ses avantages et attire l'attention sur des événements, des activités et des publications des différents acteurs. L'ABG a été impliquée dans la création et la mise en place de la plateforme et continue de participer au développement de son contenu.

**FINANCE+**  
**SWISS**



Im Fokus dieser Promotionsaktivitäten im Ausland stehen wichtige Auslandsmärkte, die auch gezielt offiziell vom Eidgenössischen Finanzdepartement (EFD) resp. vom Staatssekretariat für internationale Finanzfragen (SIF) mit Vertretern der Branche besucht werden. Die Reisen haben zum Ziel, die Handelsbeziehungen zu verbessern, punktuelle Marktzutritts- und Investitionsfragen zu adressieren und die Vorteile des Finanzplatzes Schweiz noch bekannter zu machen. Die VAV begrüsst diese Anstrengungen sehr; Exponentinnen und Exponenten der VAV waren bereits an verschiedenen Reisen Teil der Delegation. Während der Coronapandemie waren Promotionsreisen nur sehr eingeschränkt möglich. Die Planungen für weitere Promotionsreisen – unter anderem in Asien – laufen nun jedoch wieder an.

#### SYSTEM DER VERRECHNUNGSSTEUER

Im letzten Jahr hat die Schweizer Stimmbevölkerung sowohl die Abschaffung der Emissionsabgabe als auch die Reform der Verrechnungssteuer – wenn auch besonders knapp – abgelehnt. Die VAV nimmt davon Kenntnis, auch wenn sie bedauert, dass dadurch eine Chance verpasst wurde, den Wirtschaftsstandort Schweiz zu stärken. Gerade diese Reform der Verrechnungssteuer hätte bewirkt, dass Finanzierungsaktivitäten zurück in die

Ces activités de promotion à l'étranger mettent l'accent sur des marchés étrangers importants pour lesquels également des visites officielles ciblées du Département fédéral des finances (DFF) ou du Secrétariat d'État aux questions financières internationales (SFI) sont également prévues, en compagnie de représentants de la branche. Ces voyages ont pour but d'améliorer les relations commerciales, d'aborder des questions ponctuelles en rapport avec l'accès au marché et les investissements et, de manière générale, de mettre les avantages de la place financière suisse encore mieux en évidence. L'ABG, dont des représentants ont déjà participé aux délégations de plusieurs de ces voyages, salue sincèrement ces efforts. Les voyages de promotion n'ont pu avoir lieu qu'à très petite échelle durant la pandémie de coronavirus. Mais des projets de voyages de promotion en Asie notamment sont de nouveau à l'étude à présent.

#### SYSTÈME DE L'IMPÔT ANTICIPÉ

L'an dernier, les citoyens suisses ont rejeté la suppression du droit de timbre ainsi que la réforme de l'impôt anticipé, cette dernière certes d'une très courte majorité. L'ABG en prend acte, même si elle regrette que la Suisse ait ainsi raté une occasion de renforcer sa place économique. Cette réforme de l'impôt anticipé aurait en effet permis de ramener des activités de financement en Suisse. Tous les Suisses auraient

Schweiz geholt worden wären. Alle Schweizerinnen und Schweizer profitieren davon, wenn Steuern nicht mehr im Ausland, sondern in der Schweiz gezahlt werden. Gleichzeitig hätten auch die Kantone, Städte und Gemeinden von günstigen Finanzierungen im Inland profitiert. Nach dem Volksnein ist klar, dass die Verrechnungssteuer zumindest mittelfristig bestehen bleibt und die Branche sich entsprechend arrangieren wird. Nur noch rein technische Anpassungen sind vorläufig denkbar. So ist die Branche aktuell dabei, mit der Eidgenössischen Steuerverwaltung Möglichkeiten auszuloten, wie das Verrechnungssteuer-Rückerstattungsverfahren modernisiert werden könnte, um Erleichterungen innerhalb des bestehenden Systems erzielen zu können.

## OECD-STEUERREFORM UND SCHWEIZERISCHE UMSETZUNG

Die OECD arbeitet seit längerer Zeit an einem fundamentalen Umbau des internationalen Unternehmenssteuerrechts. Begann das Projekt mit einem Plan zur Besteuerung der digitalen Wirtschaft, geht es nun weit darüber hinaus, indem eine globale Markt- und Mindestbesteuerung für alle Grossfirmen eingeführt werden soll. Das Projekt sah ursprünglich einerseits vor, dass neue Anknüpfungsregeln für eine Gewinnbesteuerung am Ort des Konsums geschaffen werden (Pillar 1); andererseits soll ein äusserst komplexes Regelwerk zwecks Sicherung eines globalen Mindeststeuersatzes von 15% für internationale Konzerne (Pillar 2) eingeführt werden. Das OECD/G20-Projekt stellt die Schweiz vor grosse Herausforderungen, da das exportorientierte Land mit moderatem Steuerniveau und kleinem Binnenmarkt besonders exponiert ist. In der Befürchtung wirtschaftlicher Doppelbesteuerungen durch nationale Alleingänge – und somit zum Erhalt der Rechtssicherheit des regelbasierten globalen Steuersystems – hat die Schweiz der Initiative im Sommer 2021 doch noch zugestimmt. Verzichtet die Schweiz auf die Anwendung der Pillar-2-Regeln, würden die betroffenen Unternehmen im Ausland dennoch besteuert werden und der Schweiz würde damit Steuersubstrat entgehen. Für die Unternehmen wäre die Umsetzung zudem enorm aufwändig. Wie viele Jurisdiktionen die Pillar-2-Regeln einführen werden, ist unklar. Zur Einführung per 2024 haben sich bisher unter anderem die EU, Grossbritannien, Kanada, Japan und die Schweiz bekannt. Die grosse Unbekannte hingegen sind die USA. Diese haben sich zwar im Oktober 2021 ebenfalls zu deren Anwendung bekannt, doch in der Zwischenzeit hat der US-amerikanische Kongress ein alternatives Regime beschlossen, das in weiten Teilen von den OECD-Prinzipien abweicht.

In der Schweiz soll die Mindeststeuer mit einer «Ergänzungssteuer» sichergestellt werden, welche bei Konzernen die Differenz zwischen einer allfälligen tieferen Besteuerung und der Mindeststeuer von 15% ausgleicht. Aus Zeitgründen wird die Reform zunächst auf dem Verordnungsweg umgesetzt, bevor diese durch ein Gesetz ersetzt wird. Im Winter 2022 hat das Parlament

été gagnants, les impôts étant payés en Suisse et non plus à l'étranger. Les cantons, les villes et les communes auraient aussi bénéficié de financements plus avantageux en Suisse. Après le non des électeurs, il est clair que l'impôt anticipé restera en place au moins à moyen terme, et la branche devra composer avec cette réalité. Seules des modifications purement techniques sont envisageables pour le moment. Aussi la branche est-elle en train, avec l'administration fédérale des contributions, d'explorer des possibilités de moderniser la procédure de remboursement de l'impôt anticipé dans le but de simplifier les choses dans le cadre du système existant.

## RÉFORME FISCALE DE L'OCDE ET MISE EN ŒUVRE EN SUISSE

L'OCDE travaille depuis pas mal de temps à une transformation en profondeur du droit international en matière d'imposition des entreprises. Si le projet a commencé par un plan d'imposition de l'économie numérique, il va désormais bien au-delà puisqu'il s'agit maintenant d'introduire une taxation globale orientée sur le marché ainsi qu'une taxation minimale pour toutes les grandes entreprises. Au départ, le projet prévoyait ainsi, d'une part, d'instaurer de nouvelles règles de rattachement pour une imposition des bénéficiaires sur le lieu de consommation (pilier 1), de l'autre, d'introduire un système extrêmement complexe visant à garantir un taux d'imposition minimum effectif de 15% pour les groupes internationaux (pilier 2). Le projet de l'OCDE et du G20 constitue un grand défi pour la Suisse; le pays est en effet orienté vers l'exportation, taxe modérément et a un petit marché domestique. Il serait donc considérablement impacté. Craignant des doubles impositions économiques du fait de cavaliers seuls nationaux et désireuse de préserver la sécurité juridique d'un système fiscal mondial basé sur des règles, la Suisse a quand même fini par approuver l'initiative à l'été 2021. Si la Suisse renonce à l'application des règles du pilier 2, les entreprises concernées seraient malgré tout imposées à l'étranger et la Suisse perdrait des recettes fiscales. De plus, pour les entreprises, la mise en œuvre constituerait un énorme fardeau. Il est incertain combien de juridictions vont finalement introduire les règles du pilier 2. À ce jour, l'UE, la Grande-Bretagne, le Canada, le Japon et la Suisse notamment ont annoncé vouloir les introduire à horizon 2024. Les États-Unis constituent en revanche une grande inconnue. Certes, en octobre 2021, le pays a dit vouloir les appliquer. Dans l'intervalle pourtant, le Congrès américain a opté pour un régime alternatif qui diverge à maints égards des principes de l'OCDE.

En Suisse, l'impôt minimum doit être assuré au moyen d'un «impôt complémentaire» qui, pour les groupes, compense la différence entre une taxation inférieure éventuelle et l'impôt minimum de 15%. En raison de délais serrés, la réforme est d'abord mise en application par le biais d'une ordonnance, qui sera ensuite remplacée par une loi. Durant l'hiver 2022, le

die dafür notwendige Verfassungsänderung verabschiedet, die am 18. Juni 2023 zur Abstimmung kommt. Während über die Unumstösslichkeit der Mindeststeuer weitgehend Einigkeit herrschte, drehte sich die Debatte im Parlament in erster Linie um die Verteilung der Einnahmen aus der Ergänzungssteuer zwischen Bund und Kantonen. Letztendlich hat sich das Parlament dem Vorschlag des Bundesrates angeschlossen, wonach 75% der Einnahmen den betroffenen Kantonen zuzusprechen sind, damit sie zur Entlastung der betroffenen Unternehmen in den entsprechenden Kantonen eingesetzt werden können. Die VAV unterstützt dieses Vorgehen. Schliesslich geht es darum sicherzustellen, dass die Schweiz als Unternehmensstandort möglichst attraktiv bleibt bzw. Massnahmen ergreift, um den wegfallenden Vorteil der tiefen Steuern zu kompensieren. Mangels Alternativen – und um Rechtssicherheit für die betroffenen Unternehmen sicherzustellen, die bei einer Ablehnung der Vorlage zusätzlich im Ausland besteuert würden –, empfiehlt die VAV die geplante Verfassungsänderung zur Annahme.

Ende 2022 hat die VAV an der Vernehmlassung zur Umsetzungsverordnung über die Mindestbesteuerung teilgenommen. Diese übernimmt die OECD/G20-Mustervorschriften mittels eines Verweises, um die internationale Kompatibilität des schweizerischen Regelwerks sicherzustellen. Die VAV hat den Entwurf grundsätzlich begrüsst, jedoch einige Punkte adressiert, um die Rechtssicherheit der betroffenen Unternehmen zu stärken. So muss der Verweis auf die OECD-Mustervorschriften so flexibel wie möglich ausgestaltet werden, um alle dort vorgenommenen Präzisierungen einzubeziehen. Ausserdem sollte eine einzige Auslegungsinstanz in der Schweiz vorgesehen werden, die die offenen Punkte mit der OECD klärt. Der Anwendungsbereich der Ergänzungssteuern darf zudem nicht vom Verhalten anderer Staaten abhängen. Für die Berechnung der Ergänzungssteuer müssen sich die Banken als Ausgangspunkt zudem auf ihre Abschlüsse stützen können, wie sie nach den Vorschriften der FINMA erstellt wurden. Weiter darf die Frage, wie die Ergänzungssteuer auf die verschiedenen kantonalen Behörden aufzuteilen ist, keinen Einfluss auf die Verbuchung der Ergänzungssteuer zwischen den verschiedenen Geschäftseinheiten haben.

Es ist zudem wichtig, dass der Stand der Umsetzung der OECD-Mustervorschriften bei den wichtigsten Handelspartnern der Schweiz – wie vom Bundesrat vorgesehen – sorgfältig geprüft wird, bevor die Verordnung in Kraft tritt. Diverse technische Auslegungs- und Umsetzungsfragen sind bislang noch unbeantwortet. Innerhalb der VAV beschäftigt sich daher im Auftrag der Steuerexpertengruppe eine spezifische Arbeitsgruppe – bestehend aus Fachleuten der von der Reform betroffenen Mitglieder – mit den konkreten Umsetzungsfragen.

Parlement a adopté la modification constitutionnelle requise, qui sera soumise au vote de la population le 18 juin 2023. S'il y a une quasi-unanimité quant au caractère inévitable de l'impôt minimum, les débats parlementaires ont porté principalement sur la répartition des recettes de l'impôt complémentaire entre la Confédération et les cantons. Au final, le Parlement a adhéré à la proposition du Conseil fédéral attribuant 75% des recettes aux cantons concernés, de manière à pouvoir alléger les charges des entreprises impactées dans lesdits cantons. L'ABG soutient cette approche. Il s'agit après tout de faire en sorte que la Suisse reste un lieu d'activité plus attractif possible pour les entreprises et prenne des mesures pour compenser la perte de l'avantage d'une faible imposition. En l'absence d'alternatives et pour garantir la sécurité juridique pour les entreprises concernées qui seraient taxées en sus à l'étranger en cas de rejet du projet, l'ABG a recommandé d'approuver la modification prévue de la Constitution.

Fin 2022, l'ABG a participé à la consultation sur l'ordonnance de mise en œuvre de l'imposition minimum. Cette ordonnance reprend les prescriptions du modèle de convention de l'OCDE et du G20 au moyen d'un renvoi, afin de garantir la compatibilité internationale du cadre réglementaire suisse. L'ABG a salué le projet dans l'ensemble, non sans évoquer certains points qui doivent permettre de renforcer la sécurité juridique des entreprises concernées. Ainsi, le renvoi aux prescriptions du modèle de convention de l'OCDE doit être formulé de façon aussi flexible que possible pour inclure toutes les précisions qui y seront apportées. Par ailleurs, une instance d'interprétation unique doit être prévue en Suisse pour clarifier les points ouverts avec l'OCDE. Le champ d'application de l'impôt complémentaire ne peut pas dépendre du comportement des autres États et, pour le calcul de l'impôt complémentaire, les banques doivent pouvoir se fonder sur leurs comptes tels qu'établis selon les prescriptions de la FINMA. De plus, la question de la répartition de l'impôt complémentaire entre les différentes autorités cantonales ne doit avoir aucune incidence sur la comptabilisation de celui-ci entre les différentes entités opérationnelles.

Avant l'entrée en vigueur de l'ordonnance, il est en outre important que, comme le prévoit le Conseil fédéral, il soit dressé un état des lieux précis de la mise en œuvre des dispositions du modèle de convention de l'OCDE par les principaux partenaires commerciaux de la Suisse. Après tout, diverses questions techniques d'interprétation et de mise en œuvre restent encore sans réponse. Au sein de l'ABG, un groupe de travail spécifique constitué de spécialistes des membres touchés par la réforme étudie dès lors les questions de mise en œuvre concrètes pour le compte du groupe d'experts fiscaux.

## INTERNATIONALER STEUERLICHER INFORMATIONSAUSTAUSCH

Ende März 2023 haben sich 123 Staaten und Jurisdiktionen zur Anwendung des OECD-Standards für den automatischen Informationsaustausch über Finanzkonten (AIA) bekannt. Seit 2017 wendet auch die Schweiz diesen Standard an; im Jahr 2022 hat sie mit 74 Ländern Daten über Finanzkonten ausgetauscht. Mit insgesamt 27 Ländern findet kein reziproker Austausch statt, entweder weil diese Länder explizit darauf verzichten oder weil sie die internationalen Bedingungen in Bezug auf die Vertraulichkeit und Sicherheit der Daten nicht gewährleisten können. Im September 2022 hat der Bundesrat zudem den AIA mit Russland – gestützt auf einen Ordre-Public-Vorbehalt – ausgesetzt. Dies entbindet die Schweizer Banken jedoch nicht von der Aufgabe, die Daten von Bürgerinnen und Bürgern der genannten Jurisdiktionen der Eidgenössischen Steuerverwaltung zu übermitteln.

Die USA bekennen sich weiterhin nicht zu den OECD-Standards. Sie wenden eine unilaterale US-Regelung an, die weltweit für alle Länder gilt: den «Foreign Account Tax Compliance Act» (FATCA). Dieses Regime verlangt von ausländischen Finanzinstituten, dass sie den US-Steuerbehörden Informationen über US-Konten weitergeben oder eine hohe Steuer erheben. Für ausländische Finanzinstitute ist die Umsetzung von FATCA mit grossem administrativem und finanziellem Aufwand verbunden. Dieser Aufwand wird für Schweizer Finanzinstitute durch das FATCA-Abkommen zwischen der Schweiz und den USA von 2014 reduziert. Die Umsetzung erfolgt in der Schweiz nach dem sogenannten Modell 2. Demnach melden schweizerische Finanzinstitute die Kontodaten mit Zustimmung der betroffenen US-Kunden direkt an die US-Steuerbehörde. Daten über nicht zustimmende US-Kunden müssen die USA auf dem ordentlichen Amtshilfeweg anfordern. Zurzeit verhandelt die Schweiz mit den USA über einen Wechsel zu Modell 1, das den automatischen Informationsaustausch vorsieht. Bei einem allfälligen Wechsel auf das neue Modell gilt es sicherzustellen, dass dessen Anwendung nicht mit zusätzlichem Aufwand für die betroffenen Banken einhergeht. Zudem bleibt das wichtige Anliegen, dass die Schweizer Behörden auf internationaler Ebene weiterhin Druck auf die USA ausüben sollten, damit diese das FATCA-Regime durch den OECD-Standard ersetzen, weiterhin bestehen. Denn nur so kann ein echtes Level Playing Field unter den Konkurrenzfinanzplätzen, einschliesslich der USA, effektiv sichergestellt werden.

## ÉCHANGE INTERNATIONAL DE RENSEIGNEMENTS EN MATIÈRE FISCALE

Fin mars 2023, 123 États et juridictions se sont engagés à appliquer le standard de l'OCDE pour l'échange automatique de renseignements sur les comptes financiers (EAR). Depuis 2017, la Suisse applique aussi ce standard et en 2022, elle a échangé des données sur les comptes financiers avec 74 pays. Avec 27 pays au total il n'y a pas un échange réciproque. Soit parce que ces pays y renoncent explicitement, soit parce qu'ils ne peuvent pas garantir les conditions internationales en matière de confidentialité et de sécurité des données. En septembre 2022, le Conseil fédéral a suspendu l'EAR avec la Russie en se fondant sur la réserve de l'ordre public. Cela n'exonère toutefois pas les banques suisses de l'obligation de transmettre les données des citoyens de ces juridictions à l'administration fédérale des contributions.

Les États-Unis n'ont toujours pas adhéré aux normes de l'OCDE. Ils appliquent une réglementation américaine unilatérale qui s'applique à tous les pays du monde: le «Foreign Account Tax Compliant Act» (FATCA). Ce régime requiert des instituts financiers étrangers qu'ils transmettent des informations sur les comptes US aux autorités fiscales américaines ou prélèvent un impôt élevé. Pour les instituts financiers étrangers, l'application de la FATCA constitue une lourde charge administrative et financière. Cette charge a néanmoins pu être réduite pour les instituts financiers suisses grâce à la signature de l'accord FATCA de 2014 entre la Suisse et les États-Unis. La mise en œuvre s'opère en Suisse selon le «modèle 2». Dans ce modèle, les instituts financiers suisses communiquent les données de compte directement à l'administration fiscale américaine avec le consentement des clients US concernés. Pour les clients US qui ne donnent pas leur consentement, les États-Unis doivent demander ces informations par la procédure ordinaire. La Suisse négocie actuellement avec les États-Unis un passage au modèle 1, qui prévoit l'échange automatique de renseignements. En cas d'adoption de ce nouveau modèle, il faudra s'assurer que son application n'entraîne pas une charge supplémentaire pour les banques concernées. Il reste important à cet égard que les autorités suisses continuent, à l'échelon international, d'exercer une pression sur les États-Unis pour que le pays remplace le régime FATCA par le standard de l'OCDE. C'est la seule manière de garantir efficacement un vrai «level playing field» entre les places financières concurrentes, y compris les États-Unis.



## BEKÄMPFUNG DER GELDWÄSCHEREI UND TERRORISMUSFINANZIERUNG

Das revidierte Geldwäschereigesetz (GwG) und die revidierte Geldwäschereiverordnung wurden per 1. Januar 2023 in Kraft gesetzt. Es wurden insbesondere die folgenden neuen Pflichten eingeführt: Verifizierung der Angaben zur wirtschaftlich berechtigten Person und regelmässige Aktualisierung der Kundenangaben. Auf eine Unterstellung der «Berater» unter das GwG hat das Parlament verzichtet. Der internationale Druck auf die Schweiz bleibt jedoch hoch, dies zu korrigieren. Will die Schweiz sicherstellen, dass sie den intensivierten Folgeprozess der Financial Action Task Force (FATF) verlassen kann, ist Handlungsbedarf angezeigt. Dies hat auch der Bundesrat erkannt und dem EFD den Auftrag erteilt, eine Vorlage zu erarbeiten, um Anwälte und Notare doch noch dem GwG zu unterstellen. Die VAV unterstützt dieses Vorgehen.

Im März 2022 hat die FATF eine Revision ihres Standards zur Transparenz der juristischen Personen (Empfehlung R24) veröffentlicht. Gemäss der revidierten R24 können die Mitgliedstaaten entweder ein Register einführen oder durch einen alternativen Mechanismus einen effizienten Zugriff der zuständigen Behörden auf die Informationen zur wirtschaftlich berechtigten Person einer Gesellschaft sicherstellen. Der Bundesrat hat das EFD daher im Oktober 2022 beauftragt, eine Vorlage zu erarbeiten, die diesen Empfehlungen Rechnung trägt. Dieses Projekt sieht die Schaffung eines Registers zur Identifikation der wirtschaftlich berechtigten Personen eines Unternehmens vor. Dieses Register soll für einschlägige Behörden, aber nicht öffentlich zugänglich sein. Die VAV beteiligt sich aktiv an den Diskussionen zur möglichen Ausgestaltung dieses Registers. Für die VAV ist es insbesondere wichtig, dass sich die Banken auf die Informationen im Register verlassen können. Es ist daher ein Register mit Öffentlichkeitswirkung – analog zum Handelsregister – anzustreben. Es muss zudem die Aufgabe der juristischen Personen und nicht der Banken sein, dem Register die wirtschaftlich berechtigten Personen zu melden.

## SANKTIONEN GEGEN RUSSLAND

Hier wird auf den Schwerpunktartikel zur Frage der Sanktionspolitik ab Seite 4 verwiesen. Schweizer Banken müssen sich an alle geltenden Vorschriften – einschliesslich Sanktionen von schweizerischen, internationalen und supranationalen Gremien – halten. Dazu gehört selbstverständlich auch die Umsetzung der Sanktionen gegen Russland, die aufgrund des Angriffskrieges gegen die Ukraine beschlossen wurden. Die VAV diente zudem im vergangenen, diesbezüglich äusserst intensiven Jahr als Anlaufstelle für ihre Mitglieder, um Umsetzungsfragen gegenüber der SBVg und den Behörden zu adressieren.

## LUTTE CONTRE LE BLANCHIMENT D'ARGENT ET LE FINANCEMENT DU TERRORISME

La loi révisée sur le blanchiment d'argent (LBA) et l'ordonnance révisée sur le blanchiment d'argent sont entrées en vigueur le 1er janvier 2023. Les obligations suivantes en particulier ont été introduites: vérification des informations relatives à l'ayant droit économique et actualisation régulière des informations du client. Le Parlement a renoncé à l'assujettissement des «conseillers» à la LBA. La pression internationale sur la Suisse pour corriger cela reste néanmoins élevée. La Suisse se doit d'agir si elle veut s'assurer de pouvoir sortir du processus de suivi renforcé du Groupe d'action financière (GAFI). Le Conseil fédéral reconnaît la nécessité d'agir et a chargé le DFF d'élaborer un projet visant à soumettre quand même les avocats et les notaires à la LBA. L'ABG soutient cette approche.

En mars 2022, le GAFI a publié une révision de sa norme sur la transparence des personnes morales (recommandation R24). Selon la R24 révisée, les États membres peuvent soit introduire un registre, soit garantir un accès efficace des autorités compétentes aux informations relatives à l'ayant droit économique d'une société via un mécanisme alternatif. Le Conseil fédéral a dès lors chargé le DFF d'élaborer un texte qui tiendrait compte de ces recommandations. Ce projet prévoit la création d'un registre permettant d'identifier les ayants droit économiques des entreprises. Ce registre doit être accessible pour les autorités compétentes sans être accessible au public. L'ABG participe activement aux discussions sur la forme à donner à ce registre. Pour l'ABG, il est particulièrement important que les banques puissent se fier aux informations figurant dans ce registre. Elle prône dès lors un registre à haute visibilité, à l'image du registre du commerce. En outre, il doit incomber aux personnes morales et non aux banques de déclarer les ayants droit économiques au registre.

## SANCTIONS À L'ENCONTRE DE LA RUSSIE

Il est fait référence ici à l'article phare sur la politique de sanctions à lire à partir de la page 4. Les banques suisses doivent respecter toutes les prescriptions en vigueur, y compris celles relatives aux sanctions mises en place par des instances suisses, internationales et supranationales. Cela inclut bien entendu aussi la mise en œuvre des sanctions prises à l'encontre de la Russie à la suite de sa guerre d'agression contre l'Ukraine. Durant l'année écoulée, extrêmement chargée à ce titre, l'ABG a servi comme point de contact pour ses membres en quête de clarifications par rapport à des questions de mise en œuvre à l'égard de l'ASB et des autorités.

## BERUFSGEHEIMNISSCHUTZ FÜR UNTERNEHMENSJURISTEN

Im Frühling 2023 hat das Parlament die Einführung eines Berufsgeheimnisschutzes für Unternehmensjuristen im Rahmen der Revision der Zivilprozessordnung beschlossen. Ein solcher Schutz hat bislang in der Schweiz gefehlt, was Unternehmen angreifbar gemacht hat und einen Standortnachteil bedeutet hat. So konnten in ausländischen Gerichtsverfahren Schweizer Unternehmen gezwungen werden, Geheimnisse preiszugeben – dies auch missbräuchlich. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass die Schweiz diese Lücke nun geschlossen hat.

## EINFÜHRUNG EINES SCHWEIZER TRUSTS

Der Bundesrat möchte, dass die Errichtung eines Trusts künftig auch nach Schweizer Recht möglich sein soll. Deshalb hat er die Einführung eines neuen Rechtsinstituts im Obligationenrecht vorgeschlagen und dazu eine Vernehmlassung durchgeführt. Die VAV hat in ihrer Stellungnahme bekräftigt, dass sie sich die Einführung eines Trusts im Schweizer Recht im Prinzip vorstellen kann. Da das vorgeschlagene neue Steuerregime die Attraktivität der Vorlage jedoch zunichtemacht, hat die VAV den Vorentwurf gesamthaft klar abgelehnt. So stellt der Vorentwurf in Bezug auf die Behandlung des «irrevocable discretionary trust» im Vergleich zur bestehenden Praxis eine wesentliche Verschlechterung dar. Besonders problematisch ist, dass die Steuerbestimmungen des Vorentwurfs sowohl auf Schweizer wie auch auf ausländische Trusts anwendbar sein sollen. Der Schweizer Standort würde so nicht nur für neue, sondern auch für bestehende Trusts an jeglicher Attraktivität einbüßen. Für die Mitarbeit bei der Ausarbeitung einer neuen Gesetzesvorlage stellt sich die VAV mit ihren Expertinnen und Experten gerne zur Verfügung.

## SCHWEIZER FINANZMARKTORDNUNG

Die Schweizer Finanzmarktordnung besteht im Wesentlichen aus folgenden regulatorischen Säulen: dem Bankengesetz (BankG), dem Finanzinstitutsgesetz (FINIG), dem Finanzdienstleistungsgesetz (FIDLEG), dem Finanzmarktinfrastrukturgesetz (FinfraG) und dem Kollektivanlagegesetz (KAG). Das FinfraG und die dazugehörige Verordnung traten im Januar 2016 in Kraft. Anlässlich der Verabschiedung der Botschaft hatte der Bundesrat das EFD beauftragt, ihm spätestens fünf Jahre nach Inkrafttreten der neuen zusammenhängenden Finanzmarktgesetzgebung (FinfraG, FIDLEG und FINIG) Bericht über deren Auswirkungen zu erstatten. In einem ersten Schritt wurden das FinfraG und seine Auswirkungen geprüft. Dabei kommt das EFD zum Schluss, dass sich das FinfraG mehrheitlich bewährt hat. In einzelnen Bereichen wurde jedoch Handlungsbedarf identifiziert. Insbesondere sollen Transparenz und Rechtssicherheit weiter gestärkt werden. Basierend auf den

## PROTECTION DU SECRET PROFESSIONNEL POUR LES JURISTES D'ENTREPRISE

Au printemps 2023, le Parlement a décidé d'introduire une protection du secret professionnel pour les juristes d'entreprise dans le cadre de la révision de la procédure civile. Une telle protection faisait défaut en Suisse jusqu'à présent, ce qui fragilisait les entreprises et constituait un désavantage pour la place suisse. Ainsi, les entreprises suisses pouvaient être contraintes de livrer des secrets dans le cadre de procédures judiciaires à l'étranger, aussi de manière abusive. On ne peut donc que se féliciter que la Suisse ait maintenant comblé cette lacune.

## INTRODUCTION D'UN TRUST SUISSE

Le Conseil fédéral souhaite qu'à l'avenir, il soit également possible de créer un trust de droit suisse. Il a dès lors proposé la création d'une nouvelle forme juridique spéciale dans le Code des obligations et a organisé une consultation dans cette optique. Dans sa prise de position, l'ABG a indiqué qu'elle comprenait parfaitement l'intérêt théorique de créer un trust de droit suisse. Comme le nouveau régime fiscal proposé réduit toutefois à néant l'attrait du projet, l'ABG a clairement rejeté l'avant-projet dans son ensemble. Ainsi, s'agissant du traitement de l'«irrevocable discretionary trust», l'avant-projet constitue un recul significatif par rapport à la pratique existante. Le fait que les dispositions fiscales de l'avant-projet sont censées s'appliquer tant aux trusts suisses qu'aux trusts étrangers est particulièrement problématique. La place suisse perdrait ainsi tout attrait non seulement pour les nouveaux trusts, mais aussi pour ceux qui existent déjà. L'ABG et ses expertes et experts se tiennent volontiers à disposition pour contribuer à l'élaboration d'un nouveau projet de loi.

## ORGANISATION DU MARCHÉ FINANCIER SUISSE

Pour l'essentiel, l'organisation du marché financier suisse repose sur les piliers réglementaires suivants: la loi sur les banques (LB), la loi sur les établissements financiers (LEFin), la loi sur les services financiers (LSFin), la loi sur l'infrastructure des marchés financiers (LIMF) et la loi sur les placements collectifs (LPCC). La LIMF et l'ordonnance y afférente sont entrées en vigueur en janvier 2016. Lors de l'adoption du message, le Conseil fédéral avait chargé le DFF de lui soumettre, au plus tard cinq ans après l'entrée en vigueur du nouveau cadre législatif des marchés financiers (LIMF, LSFin et LEFin), un rapport sur l'impact de ces lois. Le DFF a commencé par étudier les répercussions de la LIMF. Il est arrivé à la conclusion que la LIMF a fait largement ses preuves. Dans certains domaines pourtant, il a estimé que des corrections étaient nécessaires. Il faut en particulier renforcer encore la transparence et la sécurité juridique.

Empfehlungen und Schlussfolgerungen wurde das EFD beauftragt, einen Entwurf für die Revision des FinfraG auszuarbeiten. Dieser soll spätestens in der ersten Jahreshälfte 2024 in die Vernehmlassung geschickt werden.

Seit dem Inkrafttreten des FINIG per 1. Januar 2020 unterstehen neu auch unabhängige Vermögensverwalter für die Ausübung ihrer Tätigkeit einer Bewilligung der FINMA und müssen sich einer von der FINMA bewilligten Aufsichtsorganisation (AO) anschliessen. Sie hatten bis zum 31. Dezember 2022 Zeit, ihr Gesuch bei der FINMA einzureichen. Obwohl eine Übergangsfrist von drei Jahren gewährt worden war, wurde ein Grossteil der Bewilligungsgesuche erst im zweiten Halbjahr 2022 eingereicht. Viele Vermögensverwalter befinden sich daher noch im Bewilligungsprozess. Für die Depotbanken ist diese Situation problematisch, da sie von der FINMA nicht informiert werden, ob eine Bewilligung verweigert, ergänzt oder zurückgezogen wurde. Über den Status ihres Bewilligungsprozesses können die Vermögensverwalter jedoch eine Bestätigung bei der FINMA verlangen und diese den Depotbanken übermitteln. Aus Sicht der Depotbanken wäre ein Kontrollmechanismus – verbunden mit einer automatischen Information an die betroffenen Depotbanken – wünschenswert. Zusätzlich soll aufgrund der systematischen Aufsicht der Vermögensverwalter durch eine AO sichergestellt werden, dass die Depotbanken von der Kontrolle der Aktivitäten der Vermögensverwalter entbunden werden.

Im Bereich der Kollektivanlagen bildet der sogenannte Limited Qualified Investor Fund (L-QIF) ein neuartiges Fondsprodukt, das dazu beitragen soll, die Attraktivität des Fondsplatzes Schweiz zu erhöhen. Er unterliegt keinerlei Bewilligungspflicht durch die FINMA und steht ausschliesslich qualifizierten Anlegerinnen und Anlegern offen. Die VAV hatte 2019 die Einführung dieser kollektiven Kapitalanlage im Rahmen der Vernehmlassung zur Änderung des KAG explizit begrüsst. Damit dieses Potenzial ausgeschöpft werden kann, muss die Umsetzung auf Verordnungsebene – insbesondere im Vergleich zu Luxemburg – mindestens gleichwertig und flexibel ausgestaltet werden. Diese Voraussetzung ist im Verordnungsentwurf von Ende 2022 jedoch nicht gegeben. In ihrer Stellungnahme hat die VAV daher gefordert, dass dies korrigiert wird, indem insbesondere zahlreiche Bestimmungen, die keinerlei Bezug zum L-QIF haben und für alle Fonds oder Depotbanken generell gelten sollen, gestrichen werden. Blieben diese Anpassungen bestehen, würde das vorgegebene Ziel – die Stärkung des Fondsstandorts Schweiz – nicht erreicht werden.

Sur la base des recommandations et des conclusions formulées, le DFF a été chargé d'élaborer un projet de révision de la LIMF. Ce projet doit être mis en consultation au premier semestre 2024.

Depuis l'entrée en vigueur de la LEFin le 1er janvier 2020, les gérants de fortune indépendants doivent également recevoir une autorisation de la FINMA pour pouvoir exercer leur activité et doivent adhérer à un organisme de surveillance (OS) agréé par la FINMA. Ils avaient jusqu'au 31 décembre 2022 pour introduire leur demande auprès de la FINMA. Bien qu'une période transitoire de trois ans ait été accordée, une grande partie des demandes d'autorisation n'ont été introduites qu'au second semestre 2022. De nombreux gérants de fortune sont dès lors encore engagés dans le processus d'autorisation. Cette situation est problématique pour les banques dépositaires, car elles ne sont pas informées par la FINMA si une autorisation est refusée, complétée ou retirée. Les gérants de fortune peuvent toutefois demander à la FINMA qu'elle confirme l'état d'avancement actuel du processus d'autorisation et la transmettre aux banques dépositaires. Du point de vue des banques dépositaires, un mécanisme de contrôle lié à une information automatique des banques dépositaires concernés serait souhaitable. Par ailleurs, la surveillance systématique des gérants de fortune par un OS doit permettre de libérer les banques dépositaires du contrôle des activités des gérants de fortune.

Dans le domaine des placements collectifs, le «Limited Qualified Investor Fund» (L-QIF) constitue un nouveau type de produit de fonds qui doit contribuer à accroître l'attrait de la place suisse des fonds. Ce fonds n'est pas soumis à une obligation d'autorisation de la FINMA et n'est ouvert qu'aux investisseurs qualifiés. En 2019, l'ABG a explicitement salué l'introduction de ce placement collectif de capitaux dans le cadre de la consultation sur la modification de la LPCC. Pour que ce potentiel puisse être pleinement exploité, la mise en œuvre au niveau de l'ordonnance doit être au moins équivalente et aussi flexible qu'au Luxembourg en particulier. Cette condition n'était cependant pas remplie dans le projet d'ordonnance de fin 2022. Dans sa prise de position, l'ABG a dès lors demandé que cela soit corrigé en supprimant en particulier de nombreuses dispositions qui n'ont aucun rapport avec le L-QIF et qui devraient s'appliquer de façon générale à tous les fonds ou banques dépositaires. Si ces adaptations étaient maintenues, l'objectif fixé de renforcement de la place suisse des fonds ne serait pas atteint.

## NEUE VERTRETUNG IM SIX-VERWALTUNGSRAT

Der Vorstand der VAV hat mit Blick auf die SIX-Generalversammlung vom Mai 2023 Herrn Andreas E. F. Utermann, Präsident des Verwaltungsrates der Vontobel Holding AG, als neuen Vertreter für den Verwaltungsrat der SIX Group nominiert. Er tritt die Nachfolge von Herbert Scheidt an. Um die Bedürfnisse und Anliegen der Mitglieder der VAV als Kundin und Partnerin der SIX besser zu kennen und zu bündeln, wurde im Zuge dieser personellen Mutation erstmals ein Roundtable mit interessierten VAV-Banken durchgeführt. Der Austausch unter den SIX-Ansprechpersonen soll weitergeführt werden und die Ergebnisse sollen in geeigneter Form in die SIX einfließen.

## BASEL III FINAL UND KLEINBANKENREGIME

Seit der Finanzkrise sind eine Reihe von internationalen Standards und Regulierungen seitens des Financial Stability Boards und des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht entwickelt worden. «Basel III Final» ist damit ein umfassendes international koordiniertes Reformpaket des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht, mit dem insbesondere die Solvenz und die Liquidität im Bankensektor gestärkt werden sollen.

Obwohl bei diesen internationalen Standards vor allem die systemisch relevanten Banken im Fokus stehen, gelten sie auch für alle anderen Banken, die international aktiv sind. So kommen auch für kleine und mittelgrosse Banken – dazu gehören alle VAV-Mitgliedsbanken – diese zum Teil sehr komplexen und aufwändigen Regulierungen zur Anwendung. Den konkreten Risiken und Geschäftsmodellen wird dabei oftmals zu wenig Rechnung getragen, obwohl dies dem gesetzlich verankerten Grundsatz der Verhältnismässigkeit entsprechen würde. In den vergangenen Jahren gab es Bestrebungen seitens der Politik und der Behörden, diesem Grundsatz bei der Regulierung vermehrt Rechnung zu tragen. Vor dem Hintergrund der aktuellen Akquisition der Credit Suisse durch die UBS ist es wichtiger denn je, dass nachvollziehbare neue Regulierungen aufgrund der erhöhten systemischen Gefährdung der Volkswirtschaft nicht auf nicht systemisch relevante Institute überschwappen.

Demnächst sollen die verabschiedeten finalen Basel-III-Standards in Schweizer Recht überführt werden. Der Bundesrat hat 2022 eine Vernehmlassung dazu durchgeführt. In ihrer Stellungnahme hat die VAV einerseits die Einhaltung des Geleitungsverfahrens gefordert, indem sichergestellt wird, dass grundlegende wettbewerbsrelevante Aspekte erst in Kenntnis der Lösungen in massgebenden Vergleichsjurisdiktionen wie der EU, UK und den USA beurteilt und endgültig festgelegt werden und dass die Inkraftsetzung in der Schweiz nicht vor dem

## NOUVELLE REPRÉSENTATION AU CONSEIL D'ADMINISTRATION DE SIX

Dans l'optique de l'assemblée générale de SIX du mois de mai 2023, le comité de l'ABG a désigné Monsieur Andreas E. F. Utermann, président du conseil d'administration de Vontobel Holding SA, comme nouveau représentant au conseil d'administration de SIX Group. Il succède ainsi à Herbert Scheidt. Pour mieux connaître et rassembler les besoins et préoccupations des membres de l'ABG en qualité de client et partenaire de SIX, une table ronde réunissant les banques intéressées de l'ABG a été organisée pour la première fois dans le cadre de cette désignation. L'échange entre interlocuteurs de SIX doit être poursuivi, et les résultats devront être transmis à SIX sous une forme appropriée.

## BÂLE III FINAL ET RÉGIME POUR LES PETITES BANQUES

Depuis la crise financière, une série de normes et de réglementations internationales ont été élaborées par le Conseil de stabilité financière et le Comité de Bâle sur le contrôle bancaire. «Bâle III final» constitue ainsi un grand paquet de réformes coordonné à l'échelon international du Comité de Bâle sur le contrôle bancaire, qui doit permettre en particulier de renforcer la solvabilité et la liquidité dans le secteur bancaire.

Bien que ces normes internationales visent principalement les banques d'importance systémique, elles s'appliquent aussi à toutes les autres banques opérant à l'international. Ainsi, même les banques de petite et moyenne taille – soit l'intégralité des banques membres de l'ABG – sont tenues de mettre en œuvre ces réglementations en partie très lourdes et complexes. Ici, les risques concrets et modèles commerciaux sont souvent trop peu pris en compte, alors que cela devrait être le cas conformément au principe de proportionnalité inscrit dans la loi. Ces dernières années, le monde politique et les autorités se sont efforcés de tenir compte davantage de ce principe dans le cadre de la réglementation. Dans le contexte de la récente acquisition de Credit Suisse par UBS, il est plus important que jamais que les nouvelles réglementations mises en place compte tenu des dangers systémiques auxquels l'économie nationale est exposée ne débordent pas sur les instituts n'ayant pas d'importance systémique.

Les normes de Bâle III final telles qu'adoptées devraient être bientôt transposées dans le droit suisse. Dans ce cadre, le Conseil fédéral a organisé une consultation en 2022. Dans sa prise de position, l'ABG a demandé que la synchronisation soit respectée en garantissant que des aspects fondamentaux relevant de la concurrence ne soient analysés et définis de façon définitive qu'en tenant compte des solutions mises en œuvre dans les juridictions comparables déterminantes telles que l'UE, le Royaume-Uni et les États-Unis et que la mise en

aktuell vorgesehenen Umsetzungszeitpunkt in der EU erfolgt. Die Einführung von «Basel III Final» in der Schweiz war ursprünglich für den 1. Juli 2024 vorgesehen, wird aber auf den 1. Januar 2025 verschoben. Dieses neue Inkrafttretensdatum entspricht dem der EU. Es ist erfreulich, dass der Bundesrat damit der Forderung der Banken nach einer zeitlichen Synchronisierung der Umsetzung mit anderen internationalen Finanzplätzen Rechnung trägt. Weiter hat sich die VAV erneut dafür stark gemacht, dass Zentralbankenguthaben keinen Bestandteil des Gesamtengagements für die Berechnung der Leverage Ratio bilden, wie dies auch während der Pandemie der Fall war. Die Behörden haben für die Berücksichtigung dieses Anliegens im Rahmen von «Basel III Final» jedoch leider keine Hand geboten. Diese Haltung ist besonders gegenüber Vermögensverwaltungsbanken nicht nachvollziehbar, da diese in turbulenten Märkten ihren Kundinnen und Kunden die Möglichkeit geben, Guthaben befristet, sicher und liquide auf ihrer Bilanz zu platzieren. Solche kurzfristigen Guthaben müssen aus Bilanzstrukturüberlegungen bei Zentralbanken parkiert werden und diese Banken werden in Form eines höheren Gesamtengagements bestraft. Eine grundsätzlich risikomindernde Massnahme wird damit zum regulatorischen Problem. Aus einer allgemeinen regulierungspolitischen Optik sind zudem die widersprüchlichen Anreize zwischen Eigenkapitalregulierung (Leverage Ratio) und Liquiditätsregulierung (Liquidity Coverage Ratio, LCR) stossend, indem Zentralbankguthaben im einen Fall bestraft, im anderen jedoch gefördert werden. Die VAV ist daher nach wie vor der Ansicht, dass hier Handlungsbedarf besteht, entweder im Hinblick auf die im Ausland (z. B. EU, UK, USA) gewählten Ansätze oder auf Ebene der Basler Standards selbst. Entsprechend fordert die VAV, dass diese Frage von den Behörden aufgenommen wird.

In den vergangenen Jahren gab es zudem Bestrebungen seitens der Politik und der Behörden, dem Grundsatz der Verhältnismässigkeit bei der Regulierung vermehrt Rechnung zu tragen. Dabei ist das Kleinbankenregime zu nennen, das von der FINMA ins Leben gerufen wurde, um die Vielzahl von Banken der Kategorien 4 und 5 von unnötigen Regulierungen zu befreien und administrativ zu entlasten. Die Entlastungen betreffen einerseits den quantitativen Bereich (z. B. die Befreiung von risikogewichteten Eigenkapitalanforderungen) und andererseits die qualitative Ebene (bspw. bezüglich Outsourcing, operationellen Risiken oder Governance-Aspekten). Nachdem das Regime erfolgversprechend mit zahlreichen teilnehmenden Banken angelaufen war, erfüllt es seinen Zweck heute kaum noch und sein Fortbestehen ist gefährdet. Der Grund hierfür ist, dass gegenwärtig immer weniger Banken die Qualifikationskriterien (Leverage Ratio über 8% und Liquidity Coverage Ratio über 110%) erfüllen. Sollen die Errungenschaften des Kleinbankenregimes nicht gefährdet bzw. zumindest teilweise zunichtegemacht werden, ist es

œuvre en Suisse n'intervienne pas avant la date d'entrée en vigueur effectivement prévue dans l'UE. L'introduction de Bâle III final en Suisse était prévue au départ pour le 1er juillet 2024, mais est désormais reportée au 1er janvier 2025. Cette nouvelle date d'entrée en vigueur correspond à celle de l'UE. Il est réjouissant de constater que le Conseil fédéral a effectivement pris en considération la demande des banques d'une synchronisation temporelle de la mise en œuvre avec les autres places financières internationales. L'ABG s'est par ailleurs de nouveau battue pour que les avoirs auprès des banques centrales ne fassent pas partie de l'engagement total pour le calcul du «leverage ratio», comme cela a été le cas durant la pandémie. Toutefois, les autorités n'ont malheureusement pas accédé à cette demande dans le cadre de Bâle III final. Une attitude difficile à comprendre particulièrement à l'égard des banques de gestion, car celles-ci offrent la possibilité à leurs clients, pendant des marchés turbulents, d'inscrire des avoirs dans leur bilan de façon sûre, liquide et limitée dans le temps. De tels avoirs à court terme doivent pouvoir être parqués auprès des banques centrales. Résultat: les banques sont pénalisées sous la forme d'un engagement total plus élevé. Une mesure de réduction des risques devient donc un problème réglementaire. De façon générale, en termes de politique réglementaire, les incitations contradictoires entre la réglementation des fonds propres («leverage ratio») et la réglementation des liquidités («liquidity coverage ratio», LCR) a par ailleurs quelque chose de choquant, car dans un cas, les avoirs des banques centrales sont pénalisés et dans l'autre, ils sont récompensés. L'ABG continue dès lors d'estimer qu'il y a ici matière à agir, soit par rapport aux approches choisies à l'étranger (UE, Royaume-Uni et États-Unis notamment), soit au niveau des normes de Bâle. Aussi l'ABG demande-t-elle que cette question soit abordée par les autorités.

Ces dernières années, le monde politique et les autorités se sont en outre efforcés de tenir compte davantage du principe de proportionnalité dans le cadre de la réglementation. Songeons ici au régime pour les petites banques créé par la FINMA pour libérer la multitude de banques des catégories 4 et 5 de certains éléments réglementaires superflus et alléger leur administration. Ces allègements concernent, d'une part, le volet quantitatif (libération des exigences en matière de fonds propres pondérées en fonction des risques notamment) et, d'autre part, le volet qualitatif (externalisation, risques opérationnels ou aspects de gouvernance notamment). Après que le régime a été lancé avec succès avec un grand nombre de banques participantes, il est devenu en grande partie inopérant aujourd'hui, et sa pérennité est compromise. Cela s'explique par le fait que de moins en moins de banques remplissent les critères de qualification («leverage ratio» supérieur à 8% et «liquidity coverage ratio» supérieur à 110%). Si l'on veut éviter de mettre en péril les acquis du régime pour les petites banques et de les voir au moins

zwingend notwendig, dass die Behörden den betroffenen Banken dahingehend entgegenkommen, dass SNB-Guthaben bei der Berechnung der Leverage Ratio – zumindest teilweise – abgezogen werden können.

## CYBER SECURITY

Cyberisiken für den Finanzsektor haben in den vergangenen Jahren zugenommen und bergen für die einzelnen Banken und die Finanzstabilität insgesamt potenzielle Gefahren. Um diese Cyberisiken zu erkennen und zu bekämpfen, ist ein funktionierendes Abwehrdispositiv unerlässlich. Dazu braucht es sowohl eine enge Kooperation unter den Banken als auch eine effiziente Zusammenarbeit mit den Behörden. Es ist daher sehr zu begrüßen, dass im April 2022 der Verein «Swiss Financial Sector Cyber Security Centre» (Swiss FS-CSC) gegründet wurde. Es handelt sich dabei um die erste Public-Private Partnership im Bereich Cyber Security in der Schweiz. Der Verein hat zum Ziel, die Zusammenarbeit zwischen Finanzinstituten und Behörden im Kampf gegen Cyberbedrohungen zu stärken und die Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors zu erhöhen. Insbesondere soll der Informationsaustausch zwischen den Finanzmarktakteuren in der Schweiz erleichtert werden, während die Zusammenarbeit für präventive sektorweite Massnahmen und die Bewältigung von systemischen Krisensituationen verbessert werden sollen. Der Verein ist nun operativ. Mit dem global tätigen Dienstleister FS-ISAC (Financial Services Information Sharing and Analysis Centre) wurde ein Partner für den Betrieb der Operational Cyber Security Cell ausgewählt. Zusätzlich wurde eine Krisenorganisation aufgebaut. Zu den 80 Gründungsmitgliedern zählen auch die VAV und zahlreiche ihrer Mitglieder. Die VAV ist zudem im Steuerungsgremium vertreten.

Im vergangenen Jahr hat der Bundesrat zudem eine Vernehmlassung zur geplanten Einführung einer Meldepflicht für Cyberangriffe durchgeführt. Die Vorlage soll die gesetzlichen Grundlagen für die Meldepflicht schaffen und die Aufgaben des Nationalen Zentrums für Cybersicherheit (NCSC) definieren, welches als zentrale Meldestelle für Cyberangriffe vorgesehen ist. Die VAV hat in ihrer Stellungnahme begrüsst, dass die Aufgaben des NCSC definiert werden sollen. Auch die vorgesehene Meldepflicht wurde unter dem Aspekt unterstützt, dass umständliche Mehrfachmeldungen an verschiedene Behörden dadurch vermieden werden können. Derzeit sind unsere Mitglieder verpflichtet, der FINMA umgehend Vorkommnisse zu melden, die für die Aufsicht von wesentlicher Bedeutung sind.

Diesem Anliegen hat der Bundesrat in seiner Botschaft grundsätzlich Rechnung getragen. In der laufenden parlamentarischen Beratung der Vorlage gilt es zusätzlich sicherzustellen, dass die zu meldenden Cyberangriffe klar definiert werden. Es

partiell reduziert zu néant, il est indispensable que les autorités permettent aux banques concernées de déduire – au moins en partie – les avoirs auprès de la BNS dans le calcul du «leverage ratio».

## CYBERSÉCURITÉ

Les cyberisques ont augmenté ces dernières années dans le secteur financier et recèlent des dangers potentiels pour les différentes banques individuellement, mais aussi pour la stabilité financière globale. Un système de défense efficace est indispensable pour pouvoir identifier et lutter contre ces cyberisques. Cela requiert une coopération étroite entre les banques ainsi qu'entre les banques et les autorités. On ne peut dès lors que saluer la création, en avril 2022, de l'association «Swiss Financial Sector Cyber Security Centre» (Swiss FS-CSC). Il s'agit du premier partenariat public-privé dans le domaine de la cybersécurité en Suisse. Cette association a pour objectif de renforcer la collaboration entre les instituts financiers et les autorités dans la lutte contre les cybermenaces et d'accroître la résilience du secteur financier. Le but est en particulier de simplifier l'échange d'informations entre les acteurs du marché financier en Suisse tout en améliorant la collaboration en vue de la mise en place de mesures préventives à l'échelon sectoriel, ainsi que la maîtrise des situations de crise systémiques. L'association est à présent opérationnelle. Le choix du partenaire pour l'exploitation de l'Operational Cyber Security Cell s'est porté sur FS-ISAC (Financial Services Information Sharing and Analysis Centre), un prestataire opérant au plan mondial. Une organisation de crise a aussi été mise sur pied. L'ABG et bon nombre de ses membres figurent également parmi les 80 membres fondateurs. L'ABG est également représentée au Comité de pilotage.

L'an dernier, le Conseil fédéral a par ailleurs procédé à une consultation sur l'introduction d'une obligation de déclarer les cyberattaques. Le projet aurait pour objet d'établir les bases légales pour l'obligation déclarative et de définir les tâches du Centre national pour la cybersécurité (NCSC), qui doit jouer le rôle de bureau central pour le signalement des cyberattaques. Dans sa prise de position, l'ABG a salué que les tâches du NCSC soient clairement définies. L'obligation déclarative prévue a aussi reçu le soutien de l'ABG, à condition toutefois de pouvoir éviter des signalements multiples fastidieux auprès de différentes autorités. Ainsi, nos membres ont déjà l'obligation aujourd'hui de communiquer sans délai à la FINMA tout incident d'importance significative pour la surveillance.

Le Conseil fédéral a pris en considération cette demande dans son message. Il faudra par ailleurs veiller à ce que les cyberattaques qui seraient à signaler soient clairement définies dans le cadre des débats parlementaires sur le projet. Il

braucht dazu eine klare Unterscheidung zwischen Cyberfällen und Cyberangriffen, wobei nur Cyberangriffe gemeldet werden sollen, die erhebliche Auswirkungen auf die Geschäftstätigkeit eines Unternehmens haben. Zudem sollten die Bestimmungen, die zur persönlichen Strafbarkeit der Verantwortlichen führen, mit Blick auf ihre kontraproduktiven Auswirkungen auf die Compliance von Unternehmen gestrichen werden.

## ELEKTRONISCHE IDENTITÄT

Nach der Ablehnung der vorgeschlagenen Ausgestaltung der elektronischen Identität (E-ID) durch die Stimmbevölkerung hat der Bundesrat im Juni 2022 ein neues E-ID-Modell in die Vernehmlassung geschickt. Dieses sieht vor, dass die E-ID vom Bund und nicht von privaten Anbietern herausgegeben wird. Damit wurde ein wesentlicher Kritikpunkt adressiert. Die VAV begrüsst, dass dieses für die Wirtschaft wichtige Projekt voranschreitet.

## OPEN FINANCE

Der Bundesrat hat Ende 2022 kommuniziert, dass er Open Finance voranbringen möchte, indem rasche Fortschritte bei der Öffnung der Datenschnittstellen erzielt werden, um die digitale Selbstbestimmung der Kundinnen und Kunden zu stärken sowie die Innovation und den Wettbewerb auf dem Finanzplatz Schweiz zu fördern. Der Bundesrat anerkennt dabei das Engagement der Branche, erwartet jedoch weitere Fortschritte. Die Mitgestaltung einer Open-Finance-Architektur ist ein Schlüsselgebiet für die Weiterentwicklung der Finanzbranche im Bereich der Digitalisierung. Diese Thematik wird intensiv von der VAV-Arbeitsgruppe Digitalisierung begleitet. Konkret setzt sich die Arbeitsgruppe mit den notwendigen Rahmenbedingungen auseinander, die die entsprechenden Geschäftsmodelle überhaupt erst ermöglichen. In diesem Kontext wurden auch die Zusammenarbeit und der Austausch mit den Behörden fortgeführt.

## DIGITALE VERMÖGENSWERTE

Aufgrund der zunehmenden Bedeutung von digitalen Vermögenswerten wurde im Juni 2022 eine aus ausgewählten Experten zusammengesetzte Task Force innerhalb der VAV ins Leben gerufen, die sich mit den Herausforderungen und Chancen dieser Vermögenswerte befasst. Ziel ist es, Voraussetzungen zu definieren, um das Potenzial von Digital Assets für das Vermögensverwaltungsgeschäft zur vollen Entfaltung zu bringen. Dabei beschäftigt sich die Gruppe auch mit möglichem Regulierungsbedarf oder gemeinsamen Standards bei der Ausbildung.

convient à cet égard d'opérer une claire distinction entre les cyberincidents et les cyberattaques, sachant que les banques n'auraient à signaler que les seules cyberattaques ayant des répercussions considérables sur les activités de l'entreprise. Par ailleurs, les dispositions entraînant une punissabilité personnelle des responsables doivent être supprimées compte tenu de leurs effets contre-productifs sur la compliance des entreprises.

## IDENTITÉ ÉLECTRONIQUE

Après le rejet par les citoyens du modèle proposé d'identité électronique (e-ID), le Conseil fédéral a lancé une consultation sur un nouveau modèle en juin 2022. Celui-ci prévoit l'émission de l'e-ID par la Confédération et non par des prestataires privés. Ce changement répond à une critique majeure à l'égard du premier projet. L'ABG se réjouit de constater l'avancement de ce projet important pour l'économie.

## FINANCE OUVERTE

Fin 2022, le Conseil fédéral a annoncé qu'il voulait soutenir la finance ouverte grâce à des avancées rapides dans l'ouverture des interfaces de données dans le but de renforcer l'autodétermination numérique des clients et de favoriser l'innovation et la concurrence sur la place financière suisse. Le Conseil fédéral reconnaît l'engagement de la branche, mais attend aussi de nouvelles avancées. La conception d'une architecture de finance ouverte est un élément clé pour le développement du secteur financier dans le domaine de la numérisation. Ce dossier est suivi de près par le groupe de travail Numérisation de l'ABG. Concrètement, ce groupe de travail planche sur les conditions cadres nécessaires à l'éclosion de modèles d'affaires correspondants. La collaboration et les échanges avec les autorités ont également été poursuivis dans ce contexte.

## ACTIFS NUMÉRIQUES

En juin 2022, vu l'importance croissante des actifs numériques, l'ABG a créé une task force interne composée d'experts triés sur le volet et chargée d'étudier les défis et les opportunités liés à ces actifs. L'objectif est de définir les conditions requises pour exploiter pleinement le potentiel des actifs numériques dans la branche de la gestion de fortune. Le groupe se penche notamment aussi sur les réglementations qui pourraient être requises ainsi que sur des normes communes en matière de formation.

Eine Voraussetzung für die erfolgreiche Verwertung von digitalen Vermögenswerten ist das Vorhandensein eines sogenannten Buchgeldtoken. Auch die global fortschreitende Digitalisierung von Wirtschaft und Gesellschaft erfordert eine Unterstützung durch effiziente, breit akzeptierte und sichere Zahlungsmittel. Zur Sicherstellung der Wettbewerbsfähigkeit des Finanzplatzes und zur Stärkung der digitalen Wirtschaft hat die SBVg Mitte März 2023 in einem Whitepaper, an dessen Ausarbeitung VAV-Expertinnen und -Experten beteiligt waren, die Konzeption einer digitalen Währung in Form von «tokenisiertem» und auf Distributed-Ledger-Technologie (DLT) basierendem Buchgeld vorgeschlagen. Die Idee ist es, einen von regulierten Schweizer Banken herausgegebenen, auf der Blockchain handelbaren digitalen Franken zu schaffen. Solch ein Stablecoin hat das Potenzial, viele neuartige Anwendungen zu ermöglichen, Risiken zu reduzieren, die Effizienz zu erhöhen und innovative Geschäftsfelder zu erschliessen. Für das Vorantreiben der Idee sind nun Studien zur funktionalen Machbarkeit erforderlich. Dafür müssen rechtliche und regulatorische Fragestellungen im Dialog mit den zuständigen Behörden verbindlich geklärt werden.

## GRUND- UND WEITERBILDUNG

Im Rahmen der Grundbildung stand auch letztes Jahr die Reform der kaufmännischen Grundbildung im Fokus. Diese wird im Sommer 2023 eingeführt. Die Branche begrüsst diese Reform, da es gelungen ist, die zentralen Anliegen der Branche darin zu verankern. Dazu gehört insbesondere der Erhalt der Kompatibilität mit der Berufsmaturität während und nach der Lehre.

Im Bereich der Weiterbildung wurde insbesondere ein «Lern-ökosystem Banking» geschaffen, das sich durch standardisierte Kommunikationskanäle zwischen der Finanzindustrie und den Anbietern von Grund- und Weiterbildungsangeboten auszeichnet. Die SBVg fungiert dabei als Informationsdrehscheibe innerhalb des Lernökosystems Banking.

Zudem hat auch das Swiss Finance Institute (SFI) die Umsetzung seiner strategischen Neuausrichtung weiter vorangetrieben. Diese sieht vor, dass der Fokus vermehrt auf die praxisnahe Aus- und Weiterbildung und weniger auf die Forschungstätigkeit gerichtet wird. Immer mehr Mitglieder der VAV nutzen diese Angebote. Die VAV ist durch ihre Expertinnen und Experten eng in all diese Arbeiten eingebunden.

## ALTERSVORSORGE

Am 25. September 2022 hat die Stimmbevölkerung bemerkenswerterweise die erste Reform der AHV seit 1995 angenommen. Die beschlossenen Massnahmen – darunter die

L'«une des conditions d'un négoce efficace des actifs numériques est l'existence de ce que l'on appelle un «jeton de monnaie scripturale». La numérisation croissante de l'économie et de la société à l'échelon mondial requiert aussi des moyens de paiement efficaces, sûrs et largement acceptés. Pour assurer la compétitivité de la place financière et renforcer l'économie numérique, l'ASB a dès lors proposé, dans un livre blanc publié à la mi-mars 2023 avec le concours d'experts de l'ABG, de concevoir une monnaie numérique sous la forme d'une monnaie scripturale «tokenisée» et basée sur la technologie DLT (Distributed Ledger Technology). L'idée est de créer un franc numérique émis par les banques suisses réglementées et disponible sur la blockchain. Un tel jeton pourrait permettre de développer de nombreuses nouvelles applications, de réduire les risques, d'accroître l'efficacité et d'explorer des domaines d'activité innovants. Des études de faisabilité fonctionnelle sont à présent requises pour faire mûrir cette idée. Cela nécessitera de clarifier strictement un certain nombre de questions juridiques et réglementaires en concertation avec les autorités compétentes.

## FORMATION DE BASE ET CONTINUE

Dans le domaine de la formation initiale, l'attention s'est une fois encore focalisée sur la réforme de la formation commerciale de base l'année dernière. Cette réforme sera introduite à l'été 2023. La branche salue cette réforme, car elle tient compte des principales demandes de la branche. Sont en particulier au maintien de la compatibilité avec la maturité professionnelle pendant et après l'apprentissage.

Dans le domaine de la formation continue, il faut noter plus particulièrement la création d'un écosystème d'apprentissage bancaire, qui se caractérise par des canaux de communication standardisés entre le secteur financier et les dispensateurs de formation. L'ASB joue un rôle de plateforme d'information au sein de cet écosystème.

Par ailleurs, le Swiss Finance Institute (SFI) a réalisé de nouveaux progrès dans la mise en œuvre de sa réorientation stratégique. Celle-ci prévoit de mettre l'accent davantage sur la formation de base et continue axée sur la pratique et moins sur l'activité de recherche. Les membres de l'ABG sont de plus en plus nombreux à utiliser ces offres. L'ABG est étroitement impliquée dans tous ces travaux par l'entremise de ses expertes et experts.

## PRÉVOYANCE VIEILLESSE

Le 25 septembre 2022, le peuple suisse a remarquablement approuvé la première réforme de l'AVS depuis 1995. Les mesures décidées – dont l'alignement de l'âge de la retraite



Angleichung des Rentenalters von Mann und Frau – erlauben es, die Finanzierung der AHV bis 2030 zu sichern. Klar ist, dass diese «Mini-Reform» nur einen Zwischenschritt darstellt, um mittelfristig die Finanzierung der 1. Säule sicherzustellen. Langfristig braucht es strukturelle Reformen, die dem demografischen Wandel Rechnung tragen und die Finanzierung langfristig sichern. Einen sehr sinnvollen Ansatz verfolgt dabei die Renteninitiative der Jungfreisinnigen, die das Rentenalter an die Lebenserwartung koppeln möchte. Als Erstrat hat der Ständerat die Initiative im März 2023 allerdings zur Ablehnung empfohlen – mit der Begründung, dass der Bundesrat aktuell ohnehin an einer Vorlage zur Stabilisierung der AHV für die Zeit von 2030 bis 2040 arbeite.

Mitte März 2023 hat das Parlament nach jahrelangem Ringen zudem eine Reform der beruflichen Vorsorge (BVG-Reform) verabschiedet, die den Hauptzielen der Reform gerecht wird: Mit der Senkung des Umwandlungssatzes wird die Umverteilung, die aktuell zwischen Erwerbstätigen und Rentnerinnen/Rentnern stattfindet, reduziert; ferner soll die Anpassung der Sparpläne die Vorsorgesituation von Personen mit tiefen und mittleren Einkommen verbessern. Aus Sicht der VAV und aus Sicht von Arbeitgeber Banken ist es erfreulich, dass es nach zähen Verhandlungen gelungen ist, eine Reform der beruflichen Vorsorge zu verabschieden, bei der der sogenannten «Sozialpartnerkompromiss», der am Ursprung der Reform stand, verhindert werden konnte. Dieser hätte zu systemfremden Umverteilungen und massiven Kosten bei den Banken geführt. Die Gewerkschaften und die SP haben noch während der Differenzvereinbarung im National- und Ständerat ein Referendum gegen die Reform angekündigt. Die Volksabstimmung wird voraussichtlich im März 2024 stattfinden.

#### CORONA: AUSWIRKUNGEN AUF DIE FINANZINDUSTRIE

Das vergangene Jahr war von der Rückkehr zur Normalität nach der Pandemie geprägt. Der Finanzplatz und insbesondere die Vermögensverwaltungsbanken sind vergleichsweise gut durch die Krise gekommen. Nebst all den staatlichen Stützungsmaßnahmen hat auch der Finanzplatz seinen Beitrag zur Bewältigung der Krise geleistet: So wurde zur Unterstützung der direkt von der Krise betroffenen Unternehmen im März 2020 innert kürzester Frist ein KMU-Kreditprogramm zur Überbrückung von Liquiditätsempässen bei kleinen und mittelgrossen Unternehmen erfolgreich umgesetzt. Die Banken – darunter auch einige VAV-Mitglieder – haben damit einen wichtigen Beitrag zur Bewältigung der schädlichen Auswirkungen der Krise geleistet.

Nachdem die Zinssätze seit der Lancierung des Programms 0,0% für Kredite unter CHF 500 000 beziehungsweise 0,5% für Kredite über CHF 500 000 betragen, hat der Bundesrat Ende März 2023 beschlossen, diese im Zuge der Leitzins-

des femmes sur celui des hommes – permettent de garantir le financement de l'AVS jusqu'en 2030. Il est clair que cette mini-réforme n'est qu'une étape intermédiaire pour assurer à moyen terme le financement du 1er pilier. À long terme, il faudra des réformes structurelles tenant compte de l'évolution démographique et de nature à garantir durablement le financement du système. L'initiative sur les rentes des Jeunes Libéraux-Radicaux, qui vise à lier l'âge de la retraite à l'espérance de vie, s'engage dans une voie tout à fait judicieuse. En tant que premier conseil, le Conseil des États a toutefois recommandé le rejet de l'initiative en mars 2023, arguant que le Conseil fédéral est de toute façon en train de travailler sur un projet visant à stabiliser l'AVS pour la période 2030-2040.

À la mi-mars 2023, après de longues années de débats, le Parlement a en outre adopté une réforme de la prévoyance professionnelle (réforme de la LPP), qui porte les objectifs principaux de la réforme: la baisse du taux de conversion a pour effet de réduire la redistribution des actifs vers les bénéficiaires de rentes et l'adaptation des plans d'épargne améliore la situation de prévoyance des personnes ayant des revenus faibles à moyens. L'ABG et Employeurs Banques jugent réjouissant qu'après de rudes négociations, il ait été possible d'adopter une réforme de la prévoyance professionnelle, et d'éviter le soit-disant «compromis des partenaires sociaux» qui était privilégié à l'origine de la réforme. Pareil compromis aurait entraîné des redistributions étrangères au système et des coûts massifs pour les banques. Les syndicats et le PS ont annoncé un référendum contre la réforme dès le stade de l'élimination des divergences entre le Conseil national et le Conseil des États. La votation populaire devrait avoir lieu au mois de mars 2024.

#### CORONAVIRUS: IMPACT SUR LE SECTEUR FINANCIER

L'année écoulée a vu un retour à la normale à l'issue de la pandémie. Comparativement, la place financière suisse et les banques de gestion en particulier ont bien résisté à la crise. Outre toutes les mesures de soutien étatiques, la place financière a, elle aussi, contribué à la maîtrise de la crise: ainsi, pour soutenir les entreprises directement touchées par la crise en mars 2020 dans les plus brefs délais, un programme de crédit pour les PME a été mis en place pour aider les petites et moyennes entreprises à surmonter les problèmes de liquidité. Les banques – dont quelques membres de l'ABG également – ont joué ainsi un rôle important dans la maîtrise des répercussions néfastes de la crise.

Si, depuis le lancement du programme, les taux d'intérêt avaient été de 0,0% pour les crédits inférieurs à 500 000 francs et de 0,5% pour les crédits supérieurs à 500 000 francs, le Conseil fédéral a décidé fin mars 2023 d'adapter

erhöhung der SNB entsprechend anzupassen. Seitdem wird neu ein Zins von 1,5% auf Krediten unter CHF 500 000 fällig und auf Krediten über CHF 500 000 ein solcher von 2%. Die Anpassung der Zinssätze bietet zudem einen Anreiz, Covid-19-Kredite nicht länger als notwendig zu beanspruchen.

### PRIVATE BANKING DAY 2022

Am sechsten Private Banking Day, zu dem die VSPB und die VAV am 10. Juni 2022 eingeladen hatten, stand die Zukunft der Vermögensverwaltungsbranche in der Schweiz im Mittelpunkt. Namhafte Exponenten aus Private Banking, Politik und Verwaltung diskutierten, wie die führende Stellung behauptet werden kann, welche Rahmenbedingungen erforderlich sind und für welche Qualitätsmerkmale das Schweizer Private Banking stehen soll.

ces taux à la suite de la hausse des taux directeurs de la BNS. Depuis, un taux de 1,5% est appliqué pour les crédits inférieurs à 500 000 francs et de 2% pour ceux supérieurs à 500 000 francs. L'adaptation des taux incite en outre à ne pas recourir aux crédits Covid-19 plus longtemps que nécessaire.

### PRIVATE BANKING DAY 2022

Le sixième Private Banking Day organisé le 10 juin par l'ABPS et l'ABG a mis l'accent sur l'avenir de la branche de la gestion de fortune en Suisse. De hauts responsables du secteur du private banking, du monde politique et de l'administration ont débattu des moyens et conditions cadres nécessaires pour permettre à la branche de conserver sa place de numéro un, ainsi que des critères de qualité que devrait porter le private banking suisse.



### ZUSAMMENARBEIT MIT DER VSPB

Die VAV hat auch im vergangenen Jahr sehr eng mit der VSPB kooperiert. Die Zusammenarbeit umfasste einerseits regelmässige gemeinsame Vorstandssitzungen, in deren Rahmen ein Austausch mit Exponentinnen und Exponenten der Behörden, der Bundesverwaltung und der Politik stattfand. Dabei adressierten die beiden Vereinigungen Themen, die politisch aktuell und für unsere Mitglieder relevant sind. Zudem wurden (und werden) gemeinsam gezielt Kontakte zu «Bundesbern» geknüpft. Ein gemeinsamer, sehr gut besuchter Parlamentarieranlass im März dieses Jahres war dem Thema «Integrität des Finanzplatzes Schweiz im internationalen Kontext» gewidmet. Dabei wurde aufgezeigt, welche fundamentale

### COLLABORATION AVEC L'ABPS

L'année dernière aussi, l'ABG a collaboré très étroitement avec l'ABPS en organisant par exemple régulièrement des séances conjointes des comités, dans le cadre desquelles a eu lieu un échange avec des représentants des autorités, de l'administration fédérale et du monde politique. Dans ce cadre, les deux associations ont abordé des thèmes politiques actuels et importants pour nos membres. Par ailleurs, des contacts ciblés ont été pris avec la «Berne fédérale». Un événement commun très bien fréquenté organisé en mars de cette année pour les parlementaires a été consacré au thème de l'«intégrité de la place financière suisse dans le contexte international». Cet événement a mis en lumière la profonde transformation

regulatorische Transformation der Schweizer Finanzplatz in den vergangenen Jahren erfolgreich durchlaufen hat und dass die Vergangenheit transparent aufgearbeitet wurde.

Auch auf Expertenebene wurde die in den vergangenen Jahren intensivierete Zusammenarbeit weitergeführt. Seit Anfang 2020 nehmen Expertinnen und Experten der VSPB-Banken an Sitzungen unserer thematischen Arbeitsgruppen teil. Dies ermöglicht eine breiter abgestützte Sachdiskussion sowie eine bessere Koordination beider Verbände bei der Vorbereitung der entsprechenden Fachkommissionen der SBVg.

#### TÄTIGKEITEN DES VORSTANDS UND DER EXPERTENGRUPPEN SOWIE EXTERNER GREMIEN

Seit der letzten Generalversammlung ist der VAV-Vorstand viermal zusammengekommen. An den Sitzungen nahmen jeweils auch die Vorstandsmitglieder der VSPB als Gäste teil. Die VAV-internen Experten- bzw. Kontaktgruppen mit Schwerpunkt Steuern, Recht, Bildung, Rechnungslegung/ Finanzmarktregulierung, Arbeitgeberthemen, Regulierung für kleinere Banken, Digitalisierung, Finanzplatz Tessin, Cyber Security, Digital Assets sowie Sustainable Finance haben sich im abgelaufenen Jahr regelmässig getroffen, um die Positionierung der VAV in den jeweiligen Dossiers vorzubereiten und abzustimmen. Eine Übersicht der Expertengruppen finden Sie auf den Seiten 39 bis 41.

Zahlreiche Exponentinnen und Exponenten der VAV-Mitgliedsinstitute vertreten die Interessen der Vereinigung in Gremien der SBVg, des SFI, der SIX Group, des Arbeitgeberverbands der Banken, des Schweizerischen Gewerbeverbands, des Swiss Finance Council oder des FS-CSC. Eine Übersicht der externen Vertretungen finden Sie auf Seite 42.

réglementaire que la place financière suisse a traversée avec succès ces dernières années, ainsi que le traitement transparent du passé.

Intensifiée au cours des dernières années, la collaboration au niveau des expertes et experts a aussi été poursuivie. Depuis début 2020, les expertes et experts des banques de l'ABPS participent aux réunions de nos groupes de travail thématiques. En plus d'élargir le cercle de discussion, cette approche permet une meilleure coordination entre les deux associations dans le cadre de la préparation des commissions spécialisées de l'ASB.

#### ACTIVITÉS DU COMITÉ ET DES GROUPES D'EXPERTS AINSI QUE DANS DES ORGANES EXTERNES

Depuis la dernière assemblée générale, le Comité de l'ABG s'est réuni à quatre reprises. Les membres du Comité de l'ABPS ont également participé aux séances en tant qu'invités. Les groupes d'experts et de contact internes à l'ABG, axés sur les domaines des impôts, du droit, de la formation, des règles comptables financières et de la réglementation des marchés financiers, des thèmes afférents aux employeurs, de la réglementation applicables aux petites banques, de la numérisation, de la place financière tessinoise, de la cybersécurité, des actifs numériques et de la finance durable, se sont rencontrés régulièrement durant l'année écoulée afin de préparer et de coordonner le positionnement de l'ABG dans les dossiers en question. Vous trouverez une vue d'ensemble des groupes d'experts aux pages 39 à 41.

De nombreux responsables de banques membres de l'ABG représentent les intérêts de l'association au sein d'organes de l'ASB, du SFI, de SIX Group, de l'association Employeurs Banques, de l'Union suisse des arts et métiers, du Swiss Finance Council ou du Swiss FS-CSC. Vous trouverez une vue d'ensemble des représentations externes à la page 42.

## PORTRAIT PORTRAIT

Die Vereinigung Schweizerischer Assetmanagement und Vermögensverwaltungsbanken wurde am 30. Januar 1981 gegründet. Die Vereinigung versteht sich als Interessenvertreterin. Sie umfasst 23 Banken, die ihren Hauptsitz in der Schweiz haben und hauptsächlich in der Vermögensverwaltung für private und institutionelle Kunden tätig sind. Die Mitglieder der Vereinigung sind mit ihren Niederlassungen in 15 von 23 Kantonen präsent. Unsere Mitglieder verwalten Vermögen von rund 1'400 Mia. CHF und beschäftigen 19'000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

L'association des banques suisses de gestion a été fondée le 30 janvier 1981. L'association défend les intérêts de ses 23 banques membres, qui sont principalement actives dans la gestion de fortune de clients privés et institutionnels et qui ont leur siège en Suisse. Les établissements affiliés à l'ABG sont présents avec leurs succursales dans 15 des 23 cantons. Ils emploient 19'000 collaborateurs et la masse sous gestion s'élève à environ 1'400 milliards de francs.

## DIE VEREINIGUNG IN ZAHLEN \* L'ASSOCIATION EN CHIFFRES \*

	<b>Total in Mrd. CHF</b> Total en Mrd CHF	<b>Δ Vorjahr in Mrd. CHF</b> Δ année précédente en Mrd CHF
<b>Bilanzsumme</b> Somme des bilans	283.2	+14.1
<b>Ausgewiesene eigene Mittel nach Gewinnverwendung</b> Fonds propres total, après répartition du bénéfice	18.8	+0.9
<b>Erfolg Zinsgeschäft</b> Résultat des opérations d'intérêts	1.4	-0.1
<b>Erfolg Kommissions- und Dienstleistungsgeschäft</b> Résultat des opérations de commissions & prestation de service	6.5	+0.8
<b>Erfolg aus dem Handelsgeschäft</b> Résultat des opérations de négoce	1.9	+0.1
<b>Geschäftsaufwand</b> Charges d'exploitation	7.1	+0.1
<b>Bruttogewinn</b> Bénéfice brut	2.9	+0.8
<b>Jahresgewinn</b> Bénéfice de l'exercice	2.3	+0.7
<b>Steuern</b> Impôts	0.4	+/-0
<b>Verwaltete Vermögen</b> Actifs sous gestions	1'384	+131
<b>davon in der Schweiz</b> dont en Suisse	718	+62
<b>davon im Ausland</b> dont à l'étranger	666	+69
<b>Personalbestand</b> Nombre d'employés	19'073	+138
<b>davon in der Schweiz</b> dont en Suisse	10'871	+206
<b>davon im Ausland</b> dont à l'étranger	8'202	-68

\*Schätzung für den 1. Januar 2022 / Estimation pour le 1<sup>er</sup> janvier 2022

## MITGLIEDER MEMBRES

Aquila AG	Bahnhofstrasse 43	8001 Zürich	<a href="http://www.aquila.ch">www.aquila.ch</a>
Banca del Ceresio SA	Via della Posta 7	6900 Lugano	<a href="http://www.ceresiobank.com">www.ceresiobank.com</a>
Bank Julius Bär & Co. AG	Bahnhofstrasse 36	8010 Zürich	<a href="http://www.juliusbaer.com">www.juliusbaer.com</a>
Bank Vontobel AG	Gotthardstrasse 43	8022 Zürich	<a href="http://www.vontobel.com">www.vontobel.com</a>
Banque Bonhôte & Cie SA	2, quai Ostervald	2001 Neuchâtel	<a href="http://www.bonhote.ch">www.bonhote.ch</a>
Banque Cramer & Cie SA	Avenue de Miremont 22	1206 Genève	<a href="http://www.banquecramer.ch">www.banquecramer.ch</a>
Banque SYZ SA	Quai des Bergues 1	1201 Genève	<a href="http://www.syzgroup.com">www.syzgroup.com</a>
CBH Compagnie Bancaire Helvétique SA	Blvd. Emile-Jaques-Dalcroze 7	1211 Genève 3	<a href="http://www.cbhbank.com">www.cbhbank.com</a>
Cornèr Banca SA	Via Canova 16	6901 Lugano	<a href="http://www.cornerbanca.ch">www.cornerbanca.ch</a>
Dreyfus Söhne & Cie AG, Banquiers	Aeschenvorstadt 16	4002 Basel	<a href="http://www.dreyfusbank.ch">www.dreyfusbank.ch</a>
Edmond de Rothschild (Suisse) SA	18, rue de Hesse	1204 Genève	<a href="http://www.edmond-de-rothschild.ch">www.edmond-de-rothschild.ch</a>
EFG Bank European Financial Group SA	Quai du Seujet 24	1211 Genève	<a href="http://www.efggroup.com">www.efggroup.com</a>
EFG International	Bleicherweg 8	8001 Zürich	<a href="http://www.efginternational.com">www.efginternational.com</a>
Maerki Baumann & Co. AG	Dreikönigstrasse 6	8022 Zürich	<a href="http://www.maerki-baumann.ch">www.maerki-baumann.ch</a>
NPB Neue Privat Bank AG	Limmatquai 1 / am Bellevue	8024 Zürich	<a href="http://www.npb-bank.ch">www.npb-bank.ch</a>
Privatbank IHAG Zürich AG	Bleicherweg 18	8022 Zürich	<a href="http://www.pbihag.ch">www.pbihag.ch</a>
Privatbank Von Graffenried AG	Spitalgasse 3	3011 Bern	<a href="http://www.graffenried.ch">www.graffenried.ch</a>
Reyl & Cie SA	Rue du Rhône 4	1204 Genève	<a href="http://www.reyl.com">www.reyl.com</a>
Scobag Privatbank AG	Gartenstrasse 56	4010 Basel	<a href="http://www.scobag.ch">www.scobag.ch</a>
Società Bancaria Ticinese SA	Piazza Collegiata 3	6501 Bellinzona	<a href="http://www.bancaria.ch">www.bancaria.ch</a>
Trafina Privatbank AG	Rennweg 50	4020 Basel	<a href="http://www.trafina.ch">www.trafina.ch</a>
Union Bancaire Privée, UBP SA	Rue du Rhône 96-98	1211 Genève 1	<a href="http://www.ubp.com">www.ubp.com</a>
VZ Depotbank AG	Innere Güterstrasse 2	6300 Zug	<a href="http://www.vermoegenszentrum.ch">www.vermoegenszentrum.ch</a>

## ORGANE, EXPERTENGRUPPEN UND VERTRETER ORGANES, GROUPES D'EXPERTS ET REPRÉSENTANTS

### VORSTAND COMITE

Philipp Rickenbacher (Präsident · Président),  
CEO  
Bank Julius Bär & Co. AG, Zürich

Zeno Staub (Vizepräsident · Vice-président),  
CEO  
Bank Vontobel AG, Zürich

Jean Berthoud  
Président du Conseil d'administration  
Banque Bonhôte & Cie SA, Neuchâtel

Vittorio Cornaro  
CEO  
Cornèr Banca SA, Lugano

Andreas Guth  
Präsident des Verwaltungsrates  
Dreyfus Söhne & Cie AG, Banquiers, Basel

François Pauly  
CEO (bis März 2023 / jusqu'en mars 2023)  
Edmond de Rothschild (Suisse) SA, Genève

Guy de Picciotto  
CEO  
Union Bancaire Privée, UBP SA, Genève

Giorgio Pradelli  
CEO  
EFG International AG, Zürich

Stephan Zwahlen  
Vorsitzender der Geschäftsleitung  
Maerki Baumann & Co. AG, Zürich

### GESCHÄFTSSTELLE BUREAU

Pascal Gentinetta, (Geschäftsführer · Directeur exécutif),  
Head Public Policy, Bank Julius Bär & Co. AG  
Simon Binder, Public Policy Director

### KONTROLLSTELLE ORGANE DE CONTROLE

Scobag Privatbank AG, Basel  
Trafina Privatbank AG, Basel



Philipp Rickenbacher



Zeno Staub



Jean Berthoud



Vittorio Cornaro



Andreas Guth



François Pauly



Guy de Picciotto



Giorgio Pradelli



Stephan Zwahlen



Pascal Gentinetta



Simon Binder

## **JURISTENGRUPPE** GROUPE DES JURISTES

Maria-Antonella Bina (Vorsitz · Présidence), Bank Vontobel AG  
Nadine Blattner, Aquila AG  
Monika Büttiker, Trafina Privatbank AG  
Marco Camponovo, Cornèr Banca SA  
Antonino Catanese, EFG Bank AG  
Patrick Coggi, Banca del Ceresio SA  
André Falletti, Edmond de Rothschild (Suisse) SA  
Debora Frei, Aquila AG  
Andreas Fröhlicher, Maerki Baumann & Co AG  
Ruxandra Heyberger, CBH Compagnie Bancaire Helvétique SA  
Christoph Hiestand, Bank Julius Baer & Co. AG  
Theodor Lang, Dreyfus Söhne & Cie AG, Banquiers  
Felix Lopez, Scobag Privatbank AG  
Monika Lüscher Mose, Maerki Baumann & Co AG  
Remo Maggi, Bank Vontobel AG  
Isabelle Moor, Union Bancaire Privée, UBP SA  
Anne-Sophie Muller, Banque Bonhôte & Cie SA  
Davide Passeri, VZ Depotbank AG  
Martin Rothen, Privatbank IHAG  
Flavio Santangelo, Banque Cramer & Cie SA  
Stefan Tschopp, NPB Neue Privat Bank AG  
Christoph Zubler, Privatbank von Graffenried AG

\* Gäste VSPB / Invité ABPS

David Garrido, Banque Lombard Odier & Cie SA  
Jean-Claude Margelisch, Banque Lombard Odier & Cie SA  
Markus Roth, Reichmuth & Co  
Olivier Sierro, Banque Pictet & Cie SA  
Frederik Sohns, E. Gutzwiller & Cie  
Thomas Steinebrunner, Rahn+Bodmer Co.  
Nicolas Terrier, Bordier & Cie  
Renate Wey, Mirabaud & Cie SA

## **KONTAKTGRUPPE BILDUNG** GROUPE DE CONTACT FORMATION

David Schlumpf (Vorsitz · Présidence), Bank Julius Baer & Co. AG  
Flavia Evangelista, EFG Bank AG  
Daniel Frehner, Privatbank IHAG  
Laurence Levy Christinet, Union Bancaire Privée, UBP SA  
Tony Quilleret, Union Bancaire Privée, UBP SA  
Guido Ruoss, Bank Julius Baer & Co. AG  
Philippe Santschi, Edmond de Rothschild (Suisse) SA  
Bianca Solda, EFG Bank AG  
Rico von Wyss, Bank Vontobel AG  
Claudia Wenger, Cornèr Banca SA  
\* Gäste VSPB / Invité ABPS  
Marcia Brunner, Rahn+Bodmer Co.  
Caroline Hennebel, Banque Lombard Odier & Cie SA  
Ingrid Neuner, E. Gutzwiller & Cie  
Sybille le Prieur, Banque Lombard Odier & Cie SA  
David Rault, Banque Pictet & Cie SA

## **STEUEREXPERTENGRUPPE** GROUPE D'EXPERTS FISCAUX

Jörg Schudel (Vorsitz · Présidence), Bank Julius Baer & Co. AG  
Sandra Balmer, Privatbank von Graffenried AG  
Patrick Coggi, Banca del Ceresio SA  
Pascale Colin, EFG Bank AG  
Markus Flückiger, Dreyfus Söhne & Cie AG, Banquiers  
Roland Luchsinger, Bank Vontobel AG  
Christian Marthaler, Cornèr Banca SA  
Olena Moser, Maerki Baumann & Co AG  
Natalie Santangelo, Bank Julius Baer & Co. AG  
Dorothee Schulte, Union Bancaire Privée, UBP SA  
Marcel Widmer, Bank Julius Baer & Co. AG  
Raphael Yarisal, Edmond de Rothschild (Suisse) SA

\* Gäste VSPB / Invité ABPS

Yves Cogne, Mirabaud & Cie SA  
Catherine Joigny, Banque Lombard Odier & Cie SA  
Pascal Küng, E. Gutzwiller & Cie  
Jan Langlo, ABPS  
Philippe Liniger, Banque Pictet & Cie SA  
Nicole Nussbaumer-Gründler, Rahn+Bodmer Co  
Leila Vassiltchikov Ali Khan, Bordier & Cie

## **KONTAKTGRUPPE RISK MANAGEMENT** GROUPE DE CONTACT RISK MANAGEMENT

Susanne Brandenberger (Vorsitz · Présidence), EFG International AG  
Chrissi Andreoglou, Privatbank IHAG Zürich AG  
Nadine Blattner, Aquila AG  
Noel Dubois, Bank Vontobel AG  
Thomas Heim, EFG International AG  
Dominik Henn, Bank Julius Baer & Co. AG  
Stefan Knöpfel, Dreyfus Söhne & Cie AG, Banquiers  
Jan Marxfeld, Bank Vontobel AG  
Armin Müller, Maerki Baumann & Co AG  
Julien Pelegry, Edmond de Rothschild (Suisse) SA  
Enrico Piatto, EFG International AG  
Alexander Pozenel, Banque Cramer & Cie SA  
Thomas Reber, Banca del Ceresio SA  
Patrick Rey, Union Bancaire Privée, UBP SA  
Cyrille Reynard, Banque Cramer & Cie SA  
Christian Rudolf, Bank Julius Baer & Co. AG  
Andrea Martin Schnoz, Bank Julius Baer & Co. AG  
Ralph Slowig, VZ Depotbank AG

\* Gäste VSPB / Invité ABPS

Joachim Buob, Banque Pictet & Cie SA  
David Holzer, Bordier & Cie  
Dominique Layaz, Mirabaud & Cie SA  
Adrian Marti, Reichmuth & Co  
Julien Meylan, Mirabaud & Cie SA  
David Molleyres, Banque Lombard Odier & Cie SA  
Sandra Ribeiro, Banque Pictet & Cie SA  
Simon Roth, E. Gutzwiller & Cie

## **KONTAKTGRUPPE KLEINBANKEN** **GROUPE DE CONTACT PETITES BANQUES**

Stephan Zwahlen (Vorsitz · Présidence) Maerki Baumann & Co AG  
Jean-Nicolas Fahrenberg, Trafina Privatbank AG  
Martin Fischer, Maerki Baumann & Co AG  
Daniele Gianora, Cornèr Banca SA  
Christian Guidotti, Società Bancaria Ticinese SA  
Marc Huwiler, Privatbank von Graffenried AG  
Alexander Ising, Maerki Baumann & Co AG  
Vivien Jain, Aquila AG  
Theodor Lang, Dreyfus Söhne & Cie AG  
Armin Müller, Maerki Baumann & Co AG  
Markus Odermatt, Scobag Privatbank AG  
Davide Passeri, VZ Depotbank AG  
Thomas Reber, Banca del Ceresio SA  
Ralph Slowig, VZ Depotbank AG  
Olivier Vollenweider, Banque Bonhôte & Cie SA  
Peter Winkler, Aquila AG  
Bruno Zürcher, NPB Neue Privat Bank AG  
\* Gäste VSPB / Invité ABPS  
Grégoire Bordier, Bordier & Cie  
Robert Bill, Rahn+Bodmer Co.  
André Gauthier, E. Gutzwiller & Cie  
Sascha Handle, Reichmuth & Co  
David Holzer, Bordier & Cie  
Jürg Staub, Reichmuth & Co  
Eric Steinhauser, Rahn+Bodmer Co

## **KONTAKTGRUPPE CYBER SECURITY** **GROUPE DE CONTACT CYBER SECURITY**

Michael Meli (Vorsitz · Présidence), Bank Julius Baer & Co. AG  
Enea Bonaiti, Cornèr Banca SA  
Bertrand Dumont, Banque Cramer & Cie SA  
Salome Knecht, Privatbank IHAG Zürich AG  
Andreas Meister, EFG International AG  
Marco Müller, Maerki Baumann & Co AG  
José Sanchez, Edmond de Rothschild (Suisse) SA  
Martin Sax, VZ Depotbank AG  
Lorenzo Sbarbaro, Banca del Ceresio SA  
Oliver Wyler, Bank Vontobel AG  
\* Gäste VSPB / Invité ABPS  
Christian Arnasti, Reichmuth & Co.  
Alain Beuchat, Banque Lombard Odier & Cie SA  
Martin Kyburz, E. Gutzwiller & Cie  
Alain Pousaz, Mirabaud & Cie SA  
Benjamin Saurat, Bordier & Cie  
Florian Widmer, Banque Pictet & Cie SA  
Grigor Scartazzini, Rahn+Bodmer Co

## **KONTAKTGRUPPE DIGITALIZATION** **GROUPE DE CONTACT DIGITALIZATION**

Marzia Thüring (Vorsitz · Présidence), Bank Julius Baer & Co. AG  
Kin Bui, VZ Depotbank AG  
Patrick Coggi, Banca del Ceresio SA  
Bertrand Dumont, Banque Cramer & Cie SA  
Jonathan Hayes, Bank Julius Baer & Co. AG  
Milko Hensel, Maerki Baumann & Co AG  
Salome Knecht, Privatbank IHAG Zürich AG  
Dieter Minelli, Dreyfus Söhne & Cie AG, Banquiers  
Philippe Pfaender, EFG Bank AG  
Matthias Plattner, Bank Julius Baer & Co. AG  
Lorenzo Sbarbaro, Banca del Ceresio SA  
Frank Schmidt, Bank Vontobel AG  
Simone Tettamanti, Cornèr Banca SA  
Alexandre Wirthner, Union Bancaire Privée, UBP SA  
\* Gäste VSPB / Invité ABPS  
Dionys Berwert, Reichmuth & Co  
Steve Blanchet, Banque Pictet & Cie SA  
Frédéric Devillard, Bordier & Cie  
Geoffrey de Ridder, Banque Lombard Odier & Cie  
Tobias Käppeli, E. Gutzwiller & Cie  
Grigor Scartazzini, Rahn+Bodmer Co

## **KONTAKTGRUPPE HR** **GROUPE DE CONTACT HR**

Guido Ruoss (Vorsitz · Présidence), Bank Julius Baer & Co. AG  
Benedikt Blunzli, Cornèr Banca SA  
Jerome Comment, Edmond de Rothschild (Suisse) SA  
Caroline Knöri, Bank Vontobel AG  
Christian Scherrer, Union Bancaire Privée, UBP SA  
David Schlumpf, Bank Julius Baer & Co. AG  
Olivier Vollenweider, Banque Bonhôte & Cie SA

## **INFORMATIONSGRUPPE CH-UK** **GROUPE D'INFORMATION CH-UK**

Frank Wulms, Bank Julius Baer & Co. AG  
Patrick Coggi, Banca del Ceresio SA  
Dominic Gaillard, Bank Vontobel AG  
Raoul Jacot-Descombes, Union Bancaire Privée, UBP SA  
Tobias Steiner, Bank Vontobel AG  
Christian Torriani, Cornèr Banca SA  
\* Gäste VSPB / Invité ABPS  
Yvonne Lenoir, Banque Pictet & Cie SA

\* VSPB Verband Schweizerischer Privatbanken / ABPS Association de Banques Privées Suisses



## TICINO CHAPTER

Vittorio Cornaro (Coordinatore), Cornèr Banca SA  
Ettore Bonsignore, Bank Julius Baer & Co. AG  
Luigi Carnelli, Bank Vontobel AG  
Patrick Coggi, Banca del Ceresio SA  
Andrea Piccardo, Dreyfus Söhne & Cie AG  
Luca Prencipe, Union Bancaire Privée, UBP SA  
Stefano Resinelli, Società Bancaria Ticinese SA  
Demis Stucki, EFG International AG

## KONTAKTGRUPPE SUSTAINABLE FINANCE GROUPE DE CONTACT SUSTAINABLE FINANCE

Christian Schilz (Vorsitz · Présidence), Bank Vontobel AG  
Isak Ahlbom, Bank Julius Baer & Co. AG  
Laurenz Altwegg, EFG Bank AG  
Fabrizio Ammirati, Banca del Ceresio SA  
Tiziana Brenna, Cornèr Banca SA  
Tobias Brüttsch, Scobag Privatbank AG  
Patrick Coggi, Banca del Ceresio SA  
Jean-Philippe Desmartin, Edmond de Rothschild (Suisse) SA  
Jean-Nicolas Fahrenberg, Trafina Privatbank AG  
Sonkja Hawkins, Union Bancaire Privée, UBP SA  
Claudio Henseler, Aquila AG  
David Jost, Bank Julius Baer & Co. AG  
Stefano Montobbio, EFG Asset Management  
Konstantinos Ntefeloudis, Maerki Baumann & Co AG  
Nicolas Pelletier, Reyl & Cie SA  
Carlo Raimondo, Banca del Ceresio SA  
Camille Staudenmayer, Bank Julius Baer & Co. AG  
Yvonne Suter, Bank Julius Baer & Co. AG  
Jason Ulrich, Union Bancaire Privée, UBP SA  
Frank Wulms, Bank Julius Baer & Co. AG  
Mirielle Wyss, Maerki Baumann & Co AG  
David Zahnd, Banque Bonhôte & Cie SA  
Louis Zanolin, Banque Bonhôte & Cie SA  
Tadas Zukas, Bank Vontobel AG  
Thomas Züttel, VZ Depotbank AG

\* Gäste VSPB / Invité ABPS

Jann Ewerhart, Banque Pictet & Cie SA  
Yvonne Lenoir, Banque Pictet & Cie SA  
Ebba Lepage, Banque Lombard Odier & Cie SA  
Claude-Alain Margelisch, Banque Lombard Odier & Cie SA  
Simon Perrin, Mirabaud & Cie SA  
Frédéric Potelle, Bordier & Cie  
Matthias Ramser, Reichmuth & Co.  
Catherine Reichlin, Mirabaud & Cie SA  
Rosa Sangiorgio, Banque Pictet & Cie SA  
Thomas Steinebrunner, Rahn+Bodmer Co.  
Michael Urban, Banque Lombard Odier & Cie SA

## EXTERNE VERTRETUNG REPRÉSENTATION EXTERNE

### SCHWEIZERISCHE BANKIERVEREINIGUNG ASSOCIATION SUISSE DES BANQUIERS

Verwaltungsrat und Verwaltungsratsausschuss\* /  
Conseil d'Administration et Comité Exécutif\*  
Philipp Rickenbacher\*, Bank Julius Baer & Co. AG  
Jean Berthoud, Banque Bonhôte & Cie SA  
Zero Staub, Bank Vontobel AG

Audit Committee  
Jean Berthoud, Banque Bonhôte & Cie SA

Steuerungsausschuss Capital Markets /  
Comité directeur Capital Markets  
Jean Berthoud, Banque Bonhôte & Cie SA

Steuerungsausschuss Private Banking /  
Comité directeur Private Banking  
Giorgio Pradelli (Vorsitz · Présidence), EFG International AG

Steuerungsausschuss Retail Banking /  
Comité directeur Retail Banking  
Christian Torriani, Cornèr Banca SA

Kommission für Recht und Compliance /  
Commission spécialisée Droit et Compliance  
Maria-Antonella Bino, Bank Vontobel AG

Bildungskommission / Commission spécialisée formation  
David Schlumpf (Vorsitz · Présidence), Bank Julius Bär & Co. AG

Kommission für Finanzmarktregulierung und  
Rechnungslegung / Commission spécialisée Régulation  
marchés financiers et prescriptions comptables  
Susanne Brandenberger, EFG International AG

Fachkommission Steuern / Commission spécialisée Fiscalité  
Jörg Schudel, Julius Bär Gruppe AG

Fachkommission Digitalisierung / Commission spécialisée  
Digitalisation  
Marzia Thuring, Bank Julius Baer & Co. AG

Fachkommission Sustainable Finance / Commission  
spécialisée Sustainable Finance  
Christian Schilz, Bank Vontobel AG

### WEITERE ORGANISATIONEN AUTRES INSTITUTIONS

SIX – Group Verwaltungsrat / Conseil d'administration  
Andreas E.F. Utermann, Vontobel Holding AG

SIX - Regulatory Board  
Markus Pfister, Bank Vontobel AG

SIX – Sanktionskommission / Commission des sanctions  
Jean Berthoud, Banque Bonhôte & Cie SA

Schweizerischer Gewerbeverband – Gewerbekammer  
Vittorio Cornaro, Cornèr Banca SA

Swiss Finance Institute – Foundation Board  
Romeo Lacher, Bank Julius Baer & Co. AG

Swiss Finance Institute - Sounding Board  
David Schlumpf, Bank Julius Bär & Co. AG

Arbeitgeberverband der Banken in der Schweiz -  
Vorstand / Comité  
Caroline Knöri, Bank Vontobel AG  
Guido Ruoss, Bank Julius Bär & Co. AG

Schweizerischer Verband strukturierte Produkte -  
Präsident / Président  
Markus Pfister, Bank Vontobel AG

Asset Management Association Switzerland -  
Vorstand / Comité  
Christel Rendu de Lint, Vontobel Asset Management

---

Mai 2023

**Vereinigung Schweizerischer Assetmanagement- und Vermögensverwaltungsbanken**

Association de Banques Suisses de Gestion

Associazione di Banche Svizzere di Gestione Patrimoniale ed Istituzionale

Association of Swiss Asset and Wealth Management Banks

Postfach 820

8010 Zürich

T 043 497 34 55

E [office@vav-abg.ch](mailto:office@vav-abg.ch)

[www.vav-abg.ch](http://www.vav-abg.ch)